

Sudetendeutschland



Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Erscheint einmal im Monat. — Schriftleitung und Verwaltung: Wien, 8, Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66. — Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig 4 Schilling oder RM 2'30. — Wiener Volksparteienverrechnung Nr. 106.684, Post-Scheckamt Berlin, Konto 156.823.

Folge 3

1. März 1932

13. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Hudolf Haas: Golgatha. Dem Andenken der Opfer des 4. März 1919. — Karl Hans Strobl: Vergessen? — Dr. Paul Molich: Vom Kampf der Sudetendeutschen um ihr Selbstbestimmungsrecht. — Paul Grimm: Die Lage der Sudetendeutschen im Reich und die daraus entspringenden Wünsche und Anregungen. — Gansinger: Vom „zuagroften Böhmi“! — Aus der Heimat. — Aus der Bewegung. — Auskünfte und Nachschub. — Aus dem Leserkreis.

Sudetendeutscher Heimatbund

Sitz Wien

Bundeskantlei und Sudetendeutsches Arbeitsamt: Wien, 8, Bez., Fuhrmannsgasse 18a, Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Wien: Verwaltungsstelle: Wien, 8, Bez., Fuhrmannsgasse 18a,
Fernruf A-26-2-66

Kreis Deutschböhmerland: Geschäftsstelle: Wien, 8, Bez., Fuhrmannsgasse 18a,
Fernruf A-26-2-66

Verwaltungsgebiet Berlin: Verwaltungsstelle: Berlin SW 61, Großbeerenstraße 79/II.
Fernsprecher: Bergmann 7171.

Kreis Berlin-Brandenburg: Geschäftsstelle: Berlin SW 61,
Großbeerenstraße 79/II. Fernsprecher: Bergmann 7171.

Kreis Mitteldeutschland: Geschäftsstelle: Halle a. S., Wörmlikerstraße 102

Kreis Rheinland-Westfalen: Geschäftsstelle: Bielefeld, Obernformall 8B

Verwaltungsgebiet Dresden: Verwaltungsstelle: Dresden-N. 1, Bismarckstraße 49/II.

Kreis Bayern: Geschäftsstelle: Passau, Obermüllerstraße 7II.

Kreis Sachsen: Geschäftsstelle: Dresden-N. 1, Bismarckstraße 49/II.

Kreis Schlesien: Geschäftsstelle: Hagen, Sophienstraße 82

Losverkauf zum neuen Lotterien (Landesverband) hat begonnen.

Bestellchein!

An

v. Puttkamer

Staatl. Lotterien-Einnahme

Berlin-Friedenau

Postfach 127, Tel. Alhingen 111

Verkaufsstelle: Berlin 2042

39/265. Preuß. Südd. Staats-Lotterie

Stück, Preis je 5 RM. Viertel, Preis je 10 RM.

Ganzer, " " 20 " Ganzes, " " 40 "

Ziehung 1. Klasse am 22. und 23. April 1932.

Abnahme erfolgt nach Erhalt. Bezahlung — (Kassa/April 1932). — Mit durch
Nachnahme zu erheben. — Zusätzl. Ziehungsschritte (sind) befreit!
(Stichtagsverhältnisse bitte durchzusehen).

Vorabnahme befreit nicht Zermittlungsschritt.

Bezahlung erfolgt bis 10 RM. nur 10 RM; 25 RM, 15 RM.

Name: _____

Ort und Zeichen: _____

Bitte auch Ihre Freunde, Büro- und Geschäftscollegen wirkungsvoll
auf meine Lotterien-Einnahme hinzuweisen.

Vikör-Spezialitäten

„Altwater-Quelle“ „Altwater-Berle“

(töper, feinstes Kräuterkör)

alle feinen Viköre, Vikörfabrik

Fridolin Springer

Wien, 6., Gumpendorferstr. 120. Fernruf B-20-907

Stammhaus: Rikterwerden (Schlesien)

Briefwechsel

Gedankenaustausch

mit aller Welt durch:

Saxonia-Bund

Druckschriften gegen Einsendung

von 40 Pf. Anschrift:

Heinrich Schme,

Dresden-A, 5, Bachschleich-

straße 17.

Exlibrisse.

Diplome, Bücherkultu-

tionen, Plakate, Postame,

Bildnisse u. v. m. malt ab.

Malen, Deutschbühne.

Schriften an

Max Strick,

abst. Maler

Wien, 12., Antikalienallee 2

Vornehme Herrenkleider

Eleganter Schnitt. Erstklassige Arbeit

bei mäßigen Preisen

Emanuel Heinz (Sudetendeutscher)

Wien, 8., Bezirk, Florianigasse 5, Fernruf B-42-9-27

Stampiglien

aller Art, Bagatier- und Heftmaschinen, Einzel-
marken, Briefkäse, Kirschen, Stempelstein und
arbeiten usw. laufen Landkarte vom Erzeuger
Frank Jull, Wien 18, Bez. Währinger-Gürtel 75
Fernsprecher B-44-5-72. Wiederverkäufer gesucht.

Wasschuhe

für lebende Füße S 22. —

Großes Lager sämtlicher Straßen-
Lugus-, Berg-, Ski- und Eislauf-
schuhe billigst

F. Hafner, Wien, 6., Stumpberg 30

Fernruf A-34-2-59

Spezialist für Berg-, Motorrad- und

Skier-Schuhe

Rudolf Mörz

Wohlfahrt des Meisters-
fures im Österreich-
museum

Wien, VI.,

Windmühlengasse 28

Telephon A-32-2-76

nach dem Apollo-
theater

Reparaturen werden angenommen

Gut rasche Zuflüsse liefern



Uhrenmacher Adolf Jungbluth Juwelier

Wien 3. Bez., Landstraser Hauptstraße 72 (Sudetendeutscher)

Beste Erzeugnisse vom feinsten Juwelen, Gold- und Silber-
waren, Schweizer Präzisionsuhren, Armbänder,
christliche Werkzeuge: Schmuck, Uhren, Waagen,
Sterna. — Spezialist in Wiener Pendeluhren, Bedern und Uhrenuhren, Neu-
anfertigung nach Holz- und Elfenbein. Eigene Präzisionswerkstoffe für Uhren sowie
Reus und Umarbeitung von feinen Juwelen. Schriftliche Gutachten, Einkauf und
Umtausch von Gold, Silber, Brillanten und Perlen.

Große Auswahl in Verlobungs- u. Eheringen, Muttertage, Gedenks-, Schmuck- u. Neujahrsgeschenken
Landleute haben Vorzugspreise!



durch Sparen!

Tagesverzinsung von 6 bis 7 Prozent
Sudetendeutsches Kredit Institut

reg. Genossenschaft m. b. H.

Wien 1., Tuchlauben 17 Fernruf U-25-4-15

Wohlfahrtensatz: Wien 127 229, Wrag 50.786, Berlin 122.631

Kassasunden von 9 bis 16 Uhr, an Samstagen von 9 bis 13 Uhr.

Oster-, Pfingst- und
Sonnwendkarten

im herrlichsten Farbenbdruck hergestellt.

Durch die Warenstelle des S.D.B. zu beziehen

Preis 12 Groschen. Gruppen erhalten Preisnachlaß.

Sudetendeutschland

Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung.

Solge 3

1. März 1932

13. Jahrgang

Solgatha.

Dem Andenken der Opfer des 4. März 1919.

Von Rudolf Haas.

„Und sie brachten ihn an die Stätte Golgatha,
das ist: Schädelstätte.“

Der Wärmwind kommt mit Saufen und singt sein mildes Lied,
Der Frühling naht mit Brausen, der böse Winter flucht,
In Ei und Knospe mächtig sich junges Leben regt,
Und jede Furche ärtlich des Brotes Keime hegt.

Das spricht und schwillt und drängt sich hinauf ins goldne Licht,
Im warmen Strahl der Sonne die letzte Kessel bricht,
Die Froh und Eis neschmiedet um Stadt und Flur und Feld,
Der Auferstehung rüfelt froh die erlöste Welt.

O Heimat, liebe Heimat, auch du willst aufersteh'n,
Will frei erhobnen Hauptes zu deinen Brüdern gehn,
Will deine Wege schreiten mit ihnen Hand in Hand
Deutschböhmen, liebe Heimat! Armes Sudetenland!

Was dir der Feind versprochen, darauf hast du gebaut,
Du hast auf Recht und Treue in dieser Welt vertraut:
Auf deutscher Erde wolltest du bleiben deutsch und frei. —
Da fuhr in heißes Leben jstehend das kalte Blei.

Da ward der Mutterhoden vom Blut der Kinder rot,
Da säten Haß und Lüge meuchlings vielfältigen Tod,
Da starben Frau'n und Mädchen, schuldlos und ahnungslos,
Greise mit weißen Haaren, ein Knab' elf Jahre bloß. —

In Ei und Knospe mächtig sich junges Leben regt,
Und jede Furche ärtlich des Brotes Keime hegt — — —
O Heimat, arme Heimat, du wolltest auferstehn —
Und mußt in Leid und Ketten zur Schädelstätte geh'n.

Aus hundert Wunden blutend, zuckt dein zersehelter Leib,
Am deine Kleider würfeln Söldner zum Beihortreib,
Du trägst die Dornenkrone, du hängst am Kreuzestamm,
Und wenn dich dürstet, reichen sie dir den Essigschwamm.

Deutschböhmen, liebe Heimat, vom eignen Blute rot,
Sudetenland, du treues, in Folterqual und Not,
Harr' aus! — Wer Blut vergossen, der wird des Blutes Knecht,
Und über Menschenwillkür obliegt das ewige Recht.

Harr' aus! Es kommt die Stunde, da bricht das Recht sich Bahn,
Dann wird mit Flammenjungen das deutsche Pfingstfest nah'n,
Dann werden Krudenfeuer von allen Bergen loh'n,
Dann steigt die deutsche Freiheit auf ihren Herrscherthron

Und wird nach Winterstürmen einig und stark zugleich
Empor zum Himmel türmen ein neues großes Reich.
O Heimat, liebe Heimat! Vorbei sind Schmach und Leid:
Alldeutschland nimmt ans Herz dich in Macht und Herrlichkeit!

Bergeffen?

Von Karl Hans Strobl.

Sollen sie vergeffen sein, die Männer und Frauen, die am 4. März des Jahres 1919 in den Straßen unserer deutschen Städte unter den Kugeln der bewaffneten Macht gefallen find?

Es war einmal ein Mann, groß und gewaltig in der Welt, groß durch die Gewalt, die ihm gegeben war und durch den Staat, aus dessen Sprecher er vor aller Welt stand. So groß war er, daß er sich annehmen konnte, Richter zu sein und richterlich blutigste Verwirrung der Völker durch ein kluges und verheißungsvolles Wort zu lösen. Ein Denker, ein Mann der Wissenschaft, ein Führer im Reich des Geistes, reinen Willens, wie es schien, von Menschheitsliebe bewegt.

Und das große Wort der Verheißung lautete: „Jedes Volk hat das Recht, sein Schicksal selber zu bestimmen.“

Mußte die Welt da nicht aufhorchen? Traf dieses Wort nicht den Nagel auf den Kopf? Ging es in dem vierjährigen Ringen um etwas anderes, als um die Erfüllung dieses Wortes, das eine selbstverständliche Wahrheit aussprach, wie jedes große und einfache Wort? Ja, das war eben der Sinn des Kampfes gewesen: jedes Volk Herr seines eigenen Schicksals! Mußte man da dem großen und menschenfreundlichen Mann nicht zujubeln?

Die Waffen nieder! Woju noch Waffen, wenn das Ziel erreicht ist? Aber dann, als die Waffen niedergelegt waren — nicht von allen, nur von jenen, die an die Wahrheit dieses Wortes glaubten — als sie dann standen, die Gläubigen, und der Erfüllung froh und zuversichtlich entgegenzusehen, da bligten auf einmal die Gewehrläufe, die Geschütze richteten ihre Mäuler auf die Waffenslosen und plüßlich kamen Striche zum Rohrfein, mit denen man den Bekehrten die Arme auf den Rücken band. Und dann wurden allerhand freundliche Werkzeuge zum Vorhinein gebracht, Dampfschrauben und spanische Stiefel und glühende Jangen und Stredbetten, und mit denen wurden die Unglücklichen gequält und gefoltert bis sie bekannnten: Ja, ja, wir sind an allem schuld, wir haben angefangen, wir sind nicht würdig, daß uns die Sonne bescheint!

Von dem Wort des großen Gelehrten und menschenfreundlichen Mannes, dieses Wohltäters der Menschheit von keiner Erfüllung für die Bekehrten aus nicht weiter die Rede.

Wie nennt man das, ihr Brüder?

Recht man jo etwas vielleicht — Betrug?

Wenn ich meine Freunde durch mein Berchtoldsdorfer fahre, dann erzähle ich auch immer die Geschichte von dem Türkenemmel im Jahre 1683. Die Türken kamen mit großer Macht und umzingelten die Stadt Wien, um den Halbmond auf den Stefansdurm zu pflanzen. Die schwach besetzten Orte und Ortschaften der Umgebung waren den wilden Horden preisgegeben. Die Berchtoldsdorfer aber zogen sich hinter die Mauern zurück, die ihre Kirche und den alten Wehrturm umgaben und verteidigten sich tapfer. Sie ihnen das Brot und das Pulver ausging. Da begannen sie mit den Türken zu unterhandeln, und der Pascha Ali von Damaskus, der hier den Befehl führte, war ein gutherziger und menschenfreundlicher Mann und willigte gegen Lösegeld in den freien Abzug der Besatzung. Es waren biederer Deutsche, die Berchtoldsdorfer des Jahres 1683, um sie betrachten den Worten des guten und gerechten Pascha Ali von Damaskus. Die verließen die schützenden Mauern, kamen einzeln hervor und leg-

ten die Waffen am Tor zu Haus. Pascha Ali von Damaskus ließ auf einem wunderbaren alten Berberpferd vor dem Rathaus und sah zu, wie die Christen die Waffen ablegten. Vielleicht hat er sogar eine Waffenspeise dazu gerascht, der gute Pascha. Als aber der letzte Mann seine Muskete abgelegt hatte, da hob der Pascha die Hand, und seine Türken fielen von allen Seiten über die Entwaffneten her und machten alle nieder. Ein grauliches Gemetzel, bei dem nur die Frauen verschont wurden, um als Sklavinnen in die Lagerstätte der Türken verschleppt zu werden. Das kleine, etwas abschüssige Gäßchen, in dem damals das Blut wie ein Bach geflossen sein soll, heißt noch heute Türkengasse.

So geschah zu Berchtoldsdorf im Jahre 1683. Sie hatten einen Vertrag geschlossen, sie hatten Lösegeld bezahlt, sie hatten die Waffen niedergelegt, sie hatten dem Wort des Feindes vertraut — sie waren betrogen und niedergemacht worden.

Ach ja, das waren die Türken! Gut: die Türken! —

Als das deutsche Volk seine Waffen abgeliefert hatte, im Vertrauen auf das Wort des großen Menschenfreundes aus Amerika, und als es daraufhin in Ketten gelegt und mit Kolbenhieben gezwungen worden war, zu bekennen, es sei an allem schuld, da begannen doch so manche Leute nachzudenken: ja, wie ist denn das nun eigentlich? Hat man uns denn nicht versichert, jedes Volk hätte das Recht der Selbstbestimmung? Nun, diese Behandlung paßt uns ganz und gar nicht, wir haben keineswegs die Absicht, die Dinge in dem Zustand zu belassen, wie er uns aufgezogen worden ist. Mit dem Recht der Selbstbestimmung bestimmen wir ganz anders über uns.

Diese Stimmen wurden allenthalben laut, besonders laut aber in Sudetendeutschland. Ja, sind wir denn überhaupt gefragt worden — so sagten die Leute — ob wir in diesen neuen Staat hineinmüssen? Kein Mensch hat uns gefragt, wie wir uns unsere Zukunft denken. Auf der Landkarte liegt uns Prag näher als Wien, aber in unseren Herzen ist es gerade umgekehrt. Oder noch besser: zwei Stunden von da beginnt das große Reich unserer deutschen Brüder. Es ist jetzt im Unglück, vergeblich um den Feind, aber wie dem auch sei, dort gehören wir hin nach Sprache, Gesinnung und Bildung.

Aber vielleicht — so sagten die Leute — wissen das die Männer nicht so genau, die da die neuen Grenzen machen. Es sollen ja dort drüben auch bei den großen und gelehrten Männern ganz merkwürdige Vorstellungen von den europäischen Verhältnissen herrschen. Sie wissen es eben einfach nicht, daß hier Deutsche wohnen, die auch das Recht der Selbstbestimmung haben möchten. Man hat bisher immer nur die anderen gehört, jetzt wollen auch wir uns melden, wir wollen unsere Stimmen erheben, damit man auch uns höre und dessen inne werde, was wir eigentlich wollen.

Und nun gingen die Leute auf die Straße und begannen

Sinn der Feier am 4. März kann nicht ein Zurückschauen, nicht ein Beweilen bei Klage und Trauer sein, sondern nur ein Vorwärtsschreiten zu neuer Gestaltung! Das ungeliebte Gedenken vom 4. März des Jahres 1919 muß aller Welt befehlen, daß wir bei der göttlichen Erbanung irdische Nutzlosigkeit sich in Schuld verwickelt hat. Und nun gilt es nicht, Gottes Strafgericht zu befürchten, sondern Gottes Gebot zu erfüllen: uns und unsere Mitbürger im Staate geistig zu der rechten Erkenntnis zu zwingen, daß hier Opfer gefallen sind für einen großen, gewaltigen Gedanken, der den jahrhundertalten Eiferstreit zwischen uns zu lösen sich erhoben hat. Es ist der Gedanke jener Gestaltung und Neuordnung Europas, „die das Recht nationaler Selbstbestimmung mit dem Zwangsläufigkeiten natürlicher Raumgestaltung in Einklang zu bringen vermag (Jeser).“

laut zu rufen. Sie waren Deutsche, sie glaubten dem Wort, dem zufolge sie die Waffen niedergelegt hatten, sie riefen: wir wollen uns nicht in einen Staat zwingen lassen, den wir nicht lieben können, wir wollen zu dem Volk, dessen Söhne auch wir sind.

Aber da stießen sie auf Mauern von Soldaten und Gen darmen, die ihnen der Staat, in den sie gezwungen worden waren, entgegenstellte. Weg mit euch! sagten die Leute, wir wollen ja keinen Aufruhr machen, weg mit euren Gewehren und Bajonetten, wir wollen nur unsere Stimmen erheben, daß man vernehme, wie wir uns unsere Zukunft denken! Aber plötzlich trachten die Gewehre und stachen die Bajonetts zu. Männer und Frauen, Greise und Kinder wählten sich in ihrem Blut und noch in die Ärmel der Flickeenden trachten sie Flüsse.

Wie nennt man das, ihr Brüder?

Reut man das vielleicht — Mord?

Waren die bewaffneten Männer vielleicht nervös geworden? Galt es sie etwa Angst bekommen vor den Unbetheiligten, den Frauen, Greisen und Kindern? Oder war es dem Staat, den sie zu schützen hatten, vielleicht unangenehm, daß sich Stimmen erhoben, die sich auf ein gegebenes Wort beriefen? Aber dürfen tapfere Krieger nervös werden oder Angst bekommen, darf es einem Staat unangenehm sein, wenn seine Bürger der Meinung sind, es gäbe etwas wie Gerechtigkeit auf der Welt?

Für diese Meinung hat der März des Jahres 1919 viele, viele Opfer gekostet, in den Straßen der südböhmischen Städte ist für diesen Glauben viel Blut geflossen.

Ist der Unterschied zwischen diesem Gemel und dem des Jahres 1683 gar so groß? Vielleicht gab den Türken ihr Glaubensfanatismus ein, es sei unnötig, Christenbuben ein gegebenes Wort zu halten? Welche Art von Fanatismus war es dann, der den Machthabern des Jahres 1919 eingab, es sei unnötig, Deutschen ein gegebenes Wort zu halten?

Sollten diese Opfer vergehen sein, die Männer, Frauen, Greise und Kinder, die für die Meinung fielen, es müsse etwas wie Gerechtigkeit auf der Welt geben und jedes Volk dürfe sein Schicksal selbst bestimmen?

Sie sollen nicht vergessen sein, diese Blutzeugen, diese Wegbereiter der Zukunft. Denn wie auch die Gewalt sich gebärden mag, wie sich auch Hindernisse auf diesem Weg türmen mögen, er muß doch zu seinem Ziel führen. Denn Gerechtigkeit stammt von Gott. Sie mag verunkelt, gebeugt und gekrümmt werden, sie muß sich zuletzt doch strafend be weisen.

Wie ich meinen Freunden, wenn ich sie durch Berchtoldsdorf führe, von dem Türkenemel des Jahres 1683 erzähle, auf daß jene Opfer unvergessen bleiben, so soll in den deutschen Städten, auf deren Straßen in jenen Würtzigen Blut geflossen ist, und darüber hinaus überall, wo Deutsche leben, von den deutschen Brüdern und Schwestern immer wieder gesprochen werden, die am 4. März 1919 in Südböhmischland für die deutsche Zukunft der Heimat gefallen sind.

Und vielleicht wäre es gut, wenn in jedem deutschen Haus unserer Heimat eine Tafel hing mit den Namen dieser Opfer.

Dem großen und gelehrten Mann aus Amerika, diesem ruhmgekrönten Menschenfreund, auf dessen Wort vertrauen wir die Waffen niedergelegt haben, ist in Prag vor dem Bahnhof, der seinen Namen trägt, ein Standbild errichtet worden. Ein solches Standbild können wir den Würtzern des Vertrauens in sein Wort nicht errichten. Jetzt noch nicht! Aber in unseren Herzen sollen sie ihr Denkmal haben, ein Denkmal, unvergänglicher als Stein und Erz!

Vom Kampf der Sudetendeutschen um ihr Selbstbestimmungsrecht.

Von Dr. Paul Wolfisch.

Unter dieser Überschrift wird demnächst bei der Universitätsverlagsbuchhandlung M. Braumüller in Wien ein Buch des Verfassers erscheinen, das unter eingehender Vertretung umfangreicher Quellen und persönlicher Mitteilungen die Tätigkeit der sudetendeutschen Regierungen vom Herbst Alt-Österreichs bis zum Friedensvertrag von St. Germain behandelt. Dieses wichtige, ungefähr 200 Druckseiten umfassende Buch, auf das wir alle Anhänger unserer Bewegung hiermit besonders aufmerksam machen, kann schon jetzt zu dem ermäßigten Preise von 8 S.— für das broschurierte und 10 S.— für das in Leinen gebundene Exemplar beim Sudetendeutschen Arbeitsamt in Wien, VIII., Rührmannsgasse 18a, vorausbestellt werden. Im Folgenden bringen wir einige Abschnitte aus dem Buche zum Vordruck.

Die Bundesleitung und die Schriftleitung.

Die Hauptfrage für die neuen Landesregierungen betraf das Verhalten der Tschechen gegenüber den südböhmischen Provinzen. Trotz der von deutscher Seite angestrebten völligen Trennung des deutschen Gebietes vom tschechischen, machte doch die Überleitung in die neuen Verhältnisse eine gewisse Fühlungnahme mit den Tschechen notwendig. Anders schien die Sicherung einer geordneten Verwaltung, eines geregelten Verkehrs und der Versorgung mit Lebensmitteln nicht gut möglich. Wegen gewisser sprachlich gemischter Gebiete wurde ein Abkommen mit den Tschechen angestrebt und der Landeshauptmann beauftragt, darüber Verhandlungen zu führen. Dabei konnte nur an die deutschen Minderheiten im tschechischen Teil Böhmens gedacht sein, da alle von deutschen Abgeordneten vertretenen Gebiete des Landes für Deutschböhmen, den Böhmernwaldgau und das Sudetenland in Anspruch genommen wurden. Zu gleicher Zeit ist in Prag eine Fühlungnahme mit den Deutschen gewünscht worden und der tschechische Sozialdemokrat Rechynek lud Lodgman zu einer Rücksprache mit dem Nationalauschuß ein. Damals war Lodgman noch nicht der anerkannte Führer der Deutschböhmen, aber die autonomistischen Anschauungen, die er im alten Österreich vertreten hatte, schienen den Tschechen offenbar einen Anknüpfungspunkt zu bieten. Doch bekämpfte Lodgman das böhmische Staatsrecht ebenso wie den österreichischen Zentralismus, daher die Tschechen von ihm in der Grundfrage auch keine andere Stellungnahme erwarten konnten als von den übrigen deutschböhmenischen Politikern. Diese verlangten übrigens Lodgman die Ermächtigung zu Verhandlungen,* obwohl hier Gelegenheit zu einer auch von ihnen gewünschten Fühlungnahme mit den Tschechen gegeben war. Doch hatten die Deutschböhmen den Auftrag dazu dem damaligen Landeshauptmann erteilt, auch war das Verhandlungsziel, dem Lodgman zustrebte, erheblich weiter gesteckt als das im Verständnis der Deutschböhmen bezeichnete. Allerdings hatte in

* Lodgman: „Meine Verhandlungen mit dem Wärtzen Vybor. „Sudetendeutsche Tages-Zeitung“ vom 23. Dezember 1923.

Frühjahrs-Neuheiten
in Herren- und Damenstoffen
sich in großer Auswahl lagernd.
Eichhaus „Vindobona“
Hubert und Fritz Fiedler
Wien, 1., Tuchlauben 7.

ihrer vorbereitender: Ausschüß der agrarische Abgeordnete Goll empfahlen, angesichts der Gefahr, die sich aus der Verschärfung der Knappheit an Lebensmitteln ergeben mußte, mit den Tschechen wegen der Verpflegung in Verhandlungen zu treten, sobald die Bildung Deutschböhmens erfolgt sei. Doch kam es zu keinem Einischluß in dieser Hinsicht und Lodgman konnte in Prag nur zu einer privaten Rücksprache erscheinen. Wohl aber war daraus Aufschluß zu gewinnen, ob und wie weit eine Verhandlungsgeneigtheit auf tschechischer Seite überhaupt bestand.

Bei dieser Fühlungnahme schaltete Lodgman die staatsrechtliche Frage von vornherein aus. Er erwartete vielmehr ihre Lösung, sobald die Tschechen die Bereitwilligkeit Deutschböhmens läßen, seine Freiheit mit bewaffneter Hand zu verteidigen. Gingen war sein Streben nach vorläufigen Abmachungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie zur geregelten Fortführung der Verwaltung und des Verkehrs gerichtet. Auf diesen Gebieten wurde von tschechischer Seite eine gewisse Geneigtheit gezeigt, über die staatsrechtliche Frage liegen jedoch abweichende Angaben vor. Nach Döcensky hätte der Nationalausschüß erklärt, die Aufrechterhaltung der bisherigen Einheit der Verwaltung zu fordern. Gingen nimmt Lodgman nur den festlichen Vorbehalt der Tschechen an, daß die deutschen Gebiete zum tschechischen Staate gehören müßten. Für seine Darstellung spricht die Erwägung, daß er eine bestimmte Äußerung der Tschechen über die staatsrechtliche Frage der Landesregierung gewiß mitgeteilt hätte. Tatsächlich aber ist in seinem Bericht nichts hierüber erwähnt.** Im übrigen wäre die völlige Aufhebung dieses Widerpruches wohl von Interesse für das damalige Verhalten der Tschechen, hingegen ist er für die Geschichte der jubelnden deutschen Freiheitsbewegung nicht von entscheidender Bedeutung. Wesentlich erscheint vielmehr, daß Lodgman in Eingehen auf den von Döcensky behaupteten tschechischen Standpunkt gar nicht in Erwägung zog. Der Landesregierung schlug er in seinem Bericht über die Aussprache nur vor, unorganeilich der endgültigen Regelung der Verhältnisse in Böhmen durch die Friedenskonferenz mit den Tschechen ein Abkommen zu schließen, das den gegenseitigen Schutz der Person und des Eigentums, den freien Verkehr durch die Eisenbahn, Post, den Telegraphen und Fernsprecher, die Abreise aus den beiderseitigen Siedlungsgebieten, die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte und eine Aufforderung an die Besatzung des Kohlengebietes zur Wiederaufnahme der Arbeit betreffen sollte.

Eine Regelung dieser Fragen hielt Lodgman für notwendig, weil ein Chaos seiner Meinung nach nicht nur drohte, sondern schon da war.*** Der Verkehr zwischen dem tschechischen Gebiet und Deutschböhmen war gänzlich unregelt. In der Verpflegung traten Schwierigkeiten ein, die durch wildes Beschlagnahmen an der Grenze noch vermehrt wurden. Der Redaktionsverkehr stockte, kurz, es herrschte Kriegszustand längs der ganzen Sprachgrenze. Trotzdem wurden die Verhältnisse nicht so arg als zu befürchten schien. Auch war die Versorgung mit Kohle leicht, da Deutschböhmen selbst über solche verfügte und bei dem Daniebertliegen der Betriebe der Bedarf geringer war als zu normalen Zeiten.† Doch wurde

das Bedürfnis nach einer Vereinbarung mit den Tschechen zur Regelung der bezeichneten Fragen auch weiterhin in Neichenberg und Wien empfunden. Wohl lehnte Lodgman bei seiner Wahl zum Landeshauptmann Verhandlungen mit den Tschechen über das Selbstbestimmungsrecht ab. Dagegen hielt er solche im Rahmen seiner Vorläufe für notwendig. Denn eine sofortige Errichtung der deutschböhmmischen Landesverwaltung erschien ihm bei den Störungen des Verkehrs, wie sie die Besetzung deutschböhmmischer Bahnhofe durch die Tschechen mit sich brachte, nicht durchführbar.

Der Wiener Regierung kam es hauptsächlich auf die Regelung des Verkehrs, der Ernährung und der Kohlenversorgung Deutschböhmmen an. Im Verhandlungen darüber nicht zu erwähnen, legte der Staatskanzler am 3. November der deutschböhmmischen Landesregierung nahe, in der nächsten Zeit keine entscheidenden Schritte zu tun. Zu Verhandlungen mit den Tschechen, wie sie der Beschluß vom 29. Oktober vorsah, war die Landesregierung bisher noch nicht gekommen. Nun äußerte die Wiener Regierung den Wunsch, daß sich ihrer nach Prag entsandten Abordnung auch Vertreter der Landesregierung anschließen sollten. Von dieser Gelegenheit machte am 4. November der Sozialdemokrat Seliger Gebrauch, der eine gewisse Anerkennung der nationalen Trennung in der Wirtschaftsorganisation anstrebte. Wie er selbst im Neichenberger „Vorwärts“ berichtete, verlangte er nur wenig auf dem Gebiet der Selbständigkeit Deutschböhmmen, doch lehnete er auch damit an dem Bestehen der Tschechen auf der Einheit der Verwaltung. Seliger begann seine Verhandlungen, zu denen ihn noch zwei Parteifreunde begleiteten, zunächst mit den tschechischen Genossen Dr. Soukup und Němec. Beide meinten, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt Erörterungen über eine Autonomie Deutschböhmmen nicht zweckmäßig wären, denn alles würde durch die bevorstehenden Friedensverträge geregelt werden. Němec erklärte, daß er das Recht der Substanten deutschen auf Wahrung ihrer kulturellen Autonomie voll anerkenne und sich dafür einsetzen werde. Dagegen war der Nationalsozialist Ströbner weniger zu Zugeständnissen geneigt. Er warnte Seliger vor allen Selbständigkeitsbestrebungen. Dieser entgegnete, wenn die Arbeiterklasse sich willenlos unterwerfe, würde sie das Schicksal der ewigen Minderheit zu tragen haben. Man werde daher um das Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Als Legat kam Rasin hinzu, der sich weiterte, Seliger als Vertreter der Deutschböhmmen anzuerkennen. Es gebe kein Deutschböhmmen, sondern einen rebellierenden Volksteil. Die Grenzen des Staates seien geistliche Grenzen, daran werde nicht gerüttelt werden. Die Weigerung Rasins, mit „Rebellen“ zu verhandeln, wurde von Ströbner noch durch die Äußerung ergänzt: „Wenn Sie erklären, daß Sie bei Böhmen bleiben wollen, so können wir schon jetzt Vereinbarungen treffen, welche Ihren augenblicklichen Bedürfnissen entsprechen.“ Obwohl auch Soukup dieser Stellungnahme nicht widersprach, waren die Mitteilungen, die Seliger hierüber machte, den tschechischen Genossen sichtlich unangenehm. In ihrem führenden Blatte wurden Zweifel an der Richtigkeit geäußert, doch stimmte die spätere Schilderung Soukups*** durchaus mit jener Seligers überein. Dieser gewann den Eindruck, daß der Waffenstillstand die Tschechen mit ganz anderen Klänen erfüllt habe. Das konnte sich zwar nicht auf die bereits früher mit aller Deutlichkeit geäußerten Gebietsansprüche der Tschechen beziehen, wohl aber auf die Art, wie sie durchgesetzt werden sollten. Einen Fingerzeig schien da die

* Der Zerfall Österreichs und die Entstehung des tschechoslowakischen Staates, Prag 1928, S. 194.
* Soukup bringt, obwohl er an den Verhandlungen beteiligt war, in seinem Buche, 28. Kffen 1918 (De 28. Oktober 1918), 2. Bd., S. 1155 ff. seine eigenen Mitteilungen wieder. Er beschränkt sich im Wesen darauf, die Schilderung Lodgmans wiederzugeben, worin wohl auch eine Anerkennung ihrer Richtigkeit liegt.
* Mitteilung an den Verfasser.
† Mitteilendes des Sozialen Dr. Paul Wila, damaligen Präsidialvorstandes der deutschböhmmischen Landesregierung.

* Bericht Seligers in einer Versammlung der deutschböhmmischen Abgeordneten am 5. November 1918.
** Mitteilungen Dr. Richard Wislitzers als Öhrenzeugen.
*** A. u. O., 2. Bd., S. 1158 f.

weitere Äußerung Stříbrnýs zu geben: „Schon in den nächsten Tagen werden die Engländer und Franzosen Deutschböhmen befreien.“ Wir werden ihnen eingestehen, dass sie richtig zusehen, wie die Entente mit Deutschland weiterkämpft. Das spätere Vorgehen der Tschechen gegen Deutschböhmen widerspricht allerdings dieser Ankündigung.

Die Lage der Sudetendeutschen im Reich und die daraus entspringenden Wünsche und Anregungen.

Denkschrift, im Auftrage der Bundesleitung des S. D. B. verfaßt von Paul Grimm, Leiter der Sudetendeutschen Reichsstelle, Dresden.

Die Lage der im Reich wohnenden und schaffenden Sudetendeutschen wird beeinflusst durch

- a) die reichsdeutsche Ausländergesetzgebung,
- b) die wirtschaftliche Lage im Reich,
- c) den Mangel an Verständnis für grenzdeutsche Not in der breitesten reichsdeutschen Öffentlichkeit.

Zu a). Die reichsdeutsche Ausländergesetzgebung, unter welchem Sammelbegriff im Sinne der nachfolgenden Ausführungen alle Gesetze und Verordnungen zu verstehen sind, die die Rechte der im Reich lebenden Ausländer gegenüber den Einheimischen einschränken und ihnen bestimmte Sonderverpflichtungen auferlegen, kennt keinen Unterschied zwischen fremdstämmigen und völksgleichen Ausländern; ihre Durchführung trifft also die Sudetendeutschen im allgemeinen in gleicher Weise, wie etwa einen Tschechen, Polen, Franzosen oder dergl., der mit seinem Aufenthalt im Reich mitunter ganz bestimmte, in seinem Falle aber Deutschlands Interessen verfolgt. Bei den Sudetendeutschen ist nicht nur die Stammes- und Völksgleichheit in Betracht zu ziehen, sondern auch die Tatsache, daß das gesamte sudetendeutsche Gebiet im Ausmaß von 26.000 Quadratkilometer mit 3½ Millionen deutschen Seelen heute zum Reich gehören würde, wenn seine Bewohner nicht wegen ihres Deutschseins um das ihnen versprochene und gebührende Recht auf Selbstbestimmung betrogen und gegen ihren schärfsten Widerstand dem tschechoslowakischen Staat einverleibt worden wären. Die staatsrechtliche Zugehörigkeit Sudetendeutschlands zu Österreich und damit zum Deutschen Reich während der Zeit vom Oktober 1918 bis zum September 1939, dem Joangangsrieden von St. Germain, bringt, in diesem Falle nicht von „Ausländern“, sondern von genauso abgetrennten Volksgenossen auf irrallem deutschen Siedlungsboden zu sprechen. Gensowemig darf überlegen werden, daß sich die Sudetendeutschen jetzt wie ehemals als Träger einer ganz besonderen Aufgabe im Sinne deutscher Zukunftsgestaltung fühlen, die ihnen die geographische Lage ihres Siedlungsraumes um die tiefste slawische Einbruchsstelle in den deutschen Lebensraum herum zuweist; sie können es weiter begreifen noch verstehen, daß man sie im Reich durch den sich immer wiederkehrenden Hinweis auf die politischen Joangangsrieden zwischen dem Deutschen Reich und dem tschechoslowakischen Staat benutz und unter Mißachtung der völkischen Verbundenheit in jeder, besonders in arbeitsrechtlicher und sonstiger wirtschaftspolitischer Hinsicht, zu „Reichsausländern“ stempeln beginne. Sie die völkstrenden Elementen im Reich gleichstellt. Für diese Auffassung spricht auch die Tatsache, daß die im Reich siedelnden Sudetendeutschen im Rahmen dieses Umwehrkampfes angesichts der mangelnden Orientierung über die Gefahr im Südosten als Krieger, Werber und Aufklärer eine sehr wichtige Rolle zu spielen haben.

Die durchaus begründete Forderung der Sudetendeutschen geht dahin, ihnen im Reich die Stellung einzuräumen, die ihnen



**Um alles Deutschstum
unter Dach und Fach zu
bringen, mußt du den
deutschen Kaufmann
unterstützen.**

**Kaufhaus
Währingergürtel
Wien 9,
Währingergürtel 104a**

auf Grund ihres Volkstumes und ihrer Sendung zweifellos gebührt.

Zu b). Auch die größte Not im Reich kann die scharfe Grenzziehung zwischen Reichsdeutschen und Sudetendeutschen weder begründen noch rechtfertigen, denn die Sudetendeutschen, auf die das hier ausgeführte Argument findet, sind nicht etwa erst in jüngerer Zeit ins Reich zugewandert, sondern leben hier vielfach seit Generationen, waren in der Blütezeit der Industrie als hochqualifizierte Arbeiter sehr gesucht und haben auch vor dem Kriege ihr Teil zum heilselosen Aufstieg des Reiches beigetragen. Das über das Reich heringebrochene Unglück konnte sie nicht schrecken, sie waren viel zu sehr im Reich verwurzelt, als daß sie den Verdungen zur Rückkehr nach der inzwischen aus den Trümmern Österreichs zusammengefallenen Tschechoslowakei gefolgt wären. Sie haben alle Schreden der Inflation durchlebt, haben ihre vielfach nicht geringen Ersparnisse aus ihrer Arbeit gleich dem Reichsangehörigen verloren und sind von dem gleichen Willen nach Wiederaufbau ihrer Existenz auf deutschem Heimatboden besetzt. — Die Sudetendeutschen haben Zeit ihres Lebens im Reich ihre Pflichten in jeder Hinsicht als etwas Selbstverständliches erfüllt, in der ebenso selbstverständlichen Voraussehung, gegebenenfalls auch die daraus ersiehenden Rechte in Anspruch nehmen zu können. Wäre 1919 die auf dem Rechte der Selbstbestimmung aufgebaute Zukunft Sudetendeutschlands nicht durch die Gewalt der Joangangsverträge zerklüftet worden, wären die Sudetendeutschen diesseits und jenseits der heutigen politischen Grenze Reichsangehörige und auch die Wirtschaftsnot könnte daran nichts ändern; da es aber den deutschfeindlichen Siegermächten gefallen hat, Sudetendeutschland dem grimmigsten Deutschstumsfeinde, den Tschechen, auszuliefern, sollen die Deutschen innerhalb ihrer bestimmladen Reichsgrenzen rein daraus das Recht ableiten können, den Sudetendeutschen in diesem Teil des deutschen Lebensraumes die Existenzmöglichkeiten abzuschneiden? Welches Recht gilt mehr, das durch Leistung, Entbehrung und aus anderen sittlichen Motiven ermorrene, oder das, das sich lediglich auf das dem deutschen Volk vom Gegner angetane Unrecht und auf Folgen ausgeübter Gewalt stützt? — Und schließlich, die Not im Reich, die ja doch einzig und allein auf Maßnahmen zur Verdrängung des gesamten Deutschstums zurückzuführen ist, macht an den politischen Grenzen nicht halt, sondern lastet mit der gleichen Schwere auf den übrigen Volksgenossen im deutschen Lebens-

raum, besonders auf Subutendeutschland, das außerdem noch unter den schweren Verlusten zu leiden hat, die ihm tschechischer Vertreibungswille bereits zugefügt hat.

Aus diesen Gründen leiten wir die Meinung ab, daß dem **Deutschtum im Reiche gerade die Notzeit nicht Veranlassung sein darf, zwischen Deutschen und Deutschen zu unterscheiden und sich dabei an künstliche Grenzen zu berufen, die es im anderen Sinne ja selbst bekämpft.**

Zu e). Die Tatsache, daß man im Reiche von den Wünschen, Kämpfen, Leiden und Hoffnungen der abgeplitterten deutschen Volksteile nichts oder nur sehr wenig weiß, daß man den Mangel an Interesse für diese Dinge mit dem Hinweis auf die Räte im Reiche begründet, darf nicht dazu führen, diesen widernatürlichen Zustand zu sanktionieren. Wer anders als die im Reiche lebenden Subuten Deutschen ist berufen, diesen unwürdigen Zustand zu bekämpfen? Solange die Subuten Deutschen wie alle anderen Deutschen in der alten Donaumonarchie Objekt haabsbürglicher Hausmachtspolitik waren, haben sie ihre ihnen von einem der größten deutschen Politiker aller Zeiten zugewiesene Aufgabe, ihr Deutschtum in diesem Staatswesen gegenüber fremdböwilligen Einflüssen zu bewahren, getreulich erfüllt und solange Österreich seit 1871, der Gründung des Deutschen Reiches, für die Binnen Deutschen in ihrem Staatswesen „freundliches Ausland“ bedeutete, mochte der Mangel an vollständer Verbundenheit noch als verständlich bezeichnet werden, heute aber, da alle Bindungen und Zungenungen gefallen sind, da alles mit Macht auf die Notwendigkeit des Zusammenhanges aller Deutschen zu gemeinsamer Abwehr gemeinsamer Feinde und gemeinsamer Not hindrängt, ist der Mangel an vollständigem Verständnis nicht mehr entschuldbar und darf ganz besonders nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen gefördert werden, die den Zustand der Zersplitterung des deutschen Volkes vertiefen, auch dann nicht, wenn solche Maßnahmen von geistigen Kreisen des Volkes in eigenlütlicher Verblendung und Unbultsamkeit, nur um des eigenen eingebildeten Vorteiles willen, von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert werden. Wenn in solchen Fällen anstelle der nachgiebigen Willfährigkeit die nötige Aufklärung über die wahren Zusammenhänge tritt, ist gewiß auch jenen Kreisen am meisten geholfen.

Auch die Subuten Deutschen im Reiche sind sich dessen gewiß, daß sie in erster Linie in gesamtdeutschem Interesse Arbeit leisten, daß sie zuwindest mithelfen, das Binnendeutschtum für den Kampf um vielfache deutsche Zukunftsgestaltung zu gewinnen. Wie können sie dieser ohnehin schwierigen Aufgabe gerecht werden, wenn sie selbst durch Gesetze und Verordnungen auf die Stufe der volksfremden Ausländer herabgedrückt werden?

Wie sich diese Verhältnisse im praktischen Leben der im Reiche siedelnden Subuten Deutschen auswirken:

Ganz abgesehen davon, daß die Subuten Deutschen im Reiche, in dem Staatswesen, das sie allein als ihre eigentliche Heimat anerkennen, in den wichtigsten Fragen weder das aktive, noch viel weniger das passive Wahlrecht haben, hant das Paragrafengewimmel der deutschen Ausländergesetzgebung so ziemlich auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens Verbotsverbote und sonstige Pflichtenmauern auf, an denen sich unsere Heimatgenossen als „Ausländer“ auf Schritt und Tritt stoßen und die ihre Existenzmöglichkeit zur Unerträglichkeit einengen und beschränken.

Das Reichsgesetz fordert von ihnen, sich jederzeit im Besitze eines gültigen Nationalpases zu halten und sieht für den Fall der Vernachlässigung dieser Pflichten „Ausweisung als lsfirger Ausländer“ vor. Wohl bejagt der § 29 dieses Gesetzes, daß von den zukünftigen deutschen Behörden Personalausweise als Pafersjag ausgegeben werden können, „wo die Unmöglichkeit der Pafersjagstellung nachgewiesen wird, oder das Verlangen eine unbillige Zumutung“ bedeutet, gegenüber Subuten Deutschen findet aber die zweite Möglichkeit keine Anwendung, obgleich diese Voraussetzung gerade bei ihnen zutrifft. Ganz abgesehen davon, daß

seit Kurzem die Ausstellung und Verlängerung tschechoslowakischer Reisepässe von der Beibringung des sogenannten Staatsangehörigkeitszeugnisses abhängig gemacht wird, dessen Beschaffung recht beträchtliche Ausgaben und Schwierigkeiten verursacht und Gebuld erfordert, werden die Subuten Deutschen sehr gegen ihren Willen in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu den tschechischen Vertretungsbehörden gedrängt, denn diese Stellen verlangen alle Dokumente und jede Erfüllung sonstiger zusehender Forderungen, wenn sich der Betreffende nach Meinung der Tschechen gegen den Staat befehrt. Dazu genügt zumeist schon die Willkürlichkeit im S. d. V., auf alle Fälle aber die Weigerung der jungen Heimatgenossen, sich den tschechischen Musterungskommissionen zu stellen oder im Falle der Aushebung dem tschechischen Überprüfer, und gegen das Deutschtum gerichteten Militarismus Dienst zu leisten. — Und was hat schließlich eine reichsdeutsche Behörde davon, wenn sich ein Subuten Deutscher mit einem tschechoslowakischen Paß legitimiert? — Da die Tschechen aus naheliegenden Gründen alle deutschen Ortsnamen und auch die Vornamen tschechisieren, ja sogar bei weiblichen Personen den Familiennamen entstellen und im Paß unter der Rubrik „nationalität“ — „tschechoslowakisch“ eintragen, weil sie diese französische Bezeichnung im Vordruck mit Staatsangehörigkeit überlegen, erscheint der Inhaber dem deutschen Beamten als Tscheche — und das ist die Abicht der Tschechen, die ja das Vorhandensein der 3½ Millionen Deutschen in ihrem „Nationalstaat“ wegzuleugnen eifrigst bemüht sind.

Unter diesen Umständen muß die strikte Forderung nach einem Paße sehr wohl als Zumutung bezeichnet werden, von der der § 29 spricht, und die deutschen Behörden sollten von der Möglichkeit der Ausstellung von Personalausweisen viel mehr Gebrauch machen, allerdings dann auch die Kosten für dieselben in einem dem Verhältnissen entsprechenden erträglichen Maß halten, solange nicht anstelle der Forderung nach Ausweisleistung durch Paß oder zugelassenen Pafersjag die durch irgend ein anderes Dokument (Geburts- und Heiratsurkunde usw.) treten kann.

Wenn Subuten Deutsche an Anstalts Klage über ihnen aus ihrer ungewollten Staatsbürgerschaft erwachsende Schwierigkeiten führen, wird ihnen fast regelmäßig zum Vorwurf gemacht, daß sie doch hinreichend Zeit gehabt hätten, durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Herren Beamten übersehen aber dabei, daß vor dem Kriege die Naturalisation vom Vorhandensein eines runden Vermögens abhängig gemacht wurde, also für die Mehrzahl unmöglich war. Nach dem Kriege trat wohl eine gewisse Lockerung dieser Bestimmungen ein, aber die Schwierigkeiten sind trotzdem nicht minder groß. In der Zeitzeit kann man wohl sagen, daß überhaupt nur solche Ausländer eingebürgert werden, an denen der Staat ein Interesse hat. Und da Volksstummfagen in diesem Zusammenhange augenfälligst überhaupt ausbleiben, sind die den Subuten Deutschen verbleibenden Möglichkeiten leicht zu errechnen. Der kämperlich eingestellte Subuten Deutsche denkt aber überhaupt nicht an Naturalisierung, da er der festen Überzeugung ist, daß er oder seine Kinder die Zugehörigkeit zum Reiche aus anderem, natürlicheren Wege erreichen werden und daß die Zeit kommen wird, da seine Heimat seine Stimme braucht.

In diesem Zusammenhange ist auch noch besonders zu vermerken, daß denjenigen Subuten Deutschen, die ihren militärischen Verpflichtungen gegenüber dem tschechischen Staat nicht nachkommen, sich die Einbürgerung schon von Haus aus unmöglich ist, weil ihnen der tschechoslowakische Staat die von den deutschen Einbürgerungsbehörden ausnahmslos geforderte „Entlassung aus dem tschechoslowakischen Staatsverbände“ nicht erteilt wird, obwohl die Tschechen nach Sinn und Inhalt eines zugrundeliegenden deutsch-tschechoslowakischen **Gegenseitigkeitsvertrages** zur Losgabe verpflichtet wären.

Im Rahmen dieses soll nur noch auf die schweren Schäden eingegangen werden, die die Ausländergesetzgebung unseren §

matgenossen auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes und der sozialen Fürsorge verurteilt.

Die Reichsverordnung über „Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter“ bestimmt, daß kein Arbeitgeber einen nichtreichsdeutschen Arbeiter ohne Bewilligung des zuständigen Landesarbeitsamtes einstellen darf. Damit haben sich das Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bzw. die Landesarbeitsämter eine weitestgehende Kontrolle des Arbeitsmarktes gesichert. Ausländer, die bereits seit 1919 bzw. 1923 im Reiche in Arbeit stehen, fallen nicht unter diese Bestimmungen, sie erhalten über eigenen Antrag den sogenannten Befreiungsschein, dessen Gültigkeit grundsätzlich auf 1 Jahr beschränkt ist; die Inhaber können wieder jeber einheimische Arbeiter in Arbeit genommen und sollen von den Arbeitsämtern in gleicher Weise vermittelt werden, Angestellte fallen von Haus aus ebenfalls nicht unter die Bestimmungen der angezogenen Verordnung, um aber trotzdem den Arbeitsmarkt auch bezüglich der Beschäftigung ausländischer Angestellter mitzubewegen zu beeinflussen, sind deren Anträge um Aufenthaltsgenehmigung bzw. deren Verlängerung von den zuständigen Verwaltungsbehörden den Landesarbeitsämtern zur Begutachtung vorzulegen. Der Standpunkt dieser Ämter wird sich natürlich immer nach der Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt richten, so daß durch diese Maßnahmen auch eine gelegentlich nicht zu begründende Kontrolle über die Angestelltenbeschäftigung ausgeübt wird.

Aber auch durch den **Befreiungsschein** ist die Frage der Beschäftigung der seit langem im Reiche ansässigen ausländischen Inhabitarbeiter (für die in der Randwirtschaft gelten noch schärfere Bestimmungen!) nach keineswegs im Sinne der Verordnung geregelt, denn nebsther läuft eine dauernde offizielle und inoffizielle Beeinflussung der Arbeitgeber, aus volkswirtschaftlichen Gründen nur einheimische Arbeiter zu beschäftigen, wobei selbstverständlich verschwiegen wird, daß die Inhaber von Befreiungsscheinen in diesen Dingen verordnungsgemäß den einheimischen Arbeitern gleichgestellt sind. Und soweit eine Vermittlung von Arbeitsstellen überhaupt möglich ist, muß man leider damit rechnen, daß die Befreiungsscheininhaber als „Ausländer“ auch in dieser Beziehung schwer benachteiligt werden.

Schon daraus ist zu erkennen, daß dem Subtendenutschen im Reiche, soweit er als Arbeitnehmer sein Brot verdienen muß, die Möglichkeiten seiner Existenzhaltung auf ein Minimum beschränkt sind, daß die wirtschaftliche Not noch gar nicht einmal den jetzigen Umfang zeigen muß, um Tausenden von subten-deutschen Familien im Reiche durch Verminderung der Arbeitsmöglichkeit, durch gewaltsame Ausfaltung aus der Konkurrenz in der Suche nach Erwerb der Existenz zu erschüttern und zu zerstören.

Wenig kann dem entgegengesetzt werden, daß ja die einheimischen Arbeitskräfte gleichzeitig unter den Auswirkungen der Wirtschaftskatastrophe zu leiden haben; aber es wird in jeder Berechnung übersehen, daß die soziale Gesetzgebung den Einheimischen vor dem Äußersten schützt, wohingegen der Subtendenutsche im entscheidenden Augenblick diese sozialen Einrichtungen überhaupt nicht oder nur unter der Gefahr der „Ausweisung aus armenrechtlichen Gründen“ in Anspruch nehmen darf. Was nützt es in den Zeiten einer lange anhaltenden Wirtschaftskrise, daß die Subtendenutschen in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung (auf Grund der Weichheit der Pflichten!) den reichsdeutschen Erwerbslosen gleichgestellt sind, wenn sie nach dem Ausföhen dieser Versicherungsleistungen vor dem Nichts stehen?

Im Geleze über Arbeitslosenversicherung ist als Ergänzung der Erwerbslosenversicherung die **Arbeitslosenfürsorge** vorgesehen. Auf diese Art der Unterstützung haben aber Subtendenutsche (im Gegensatz zu Polen und Elberreichern keinen Anspruch, weil der tschechoslowakische Staat eine ähnliche Art der Fürsorge nicht kennt und einen entsprechenden Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Reiche nicht abgeschlossen hat. Die Folge davon ist, daß sie nach Ausföhen der

Erwerbslosenversicherung der öffentlichen Fürsorge anheimfallen und damit schon die erste Voraussetzung zur „Ausweisung aus armenrechtlichen Gründen“ erfüllen. Es muß ja anerkannt werden, daß die reichsdeutschen Oberbehörden bisher noch immer ein ziemlich weitgehendes Verständnis für die darin liegenden Härten bewiesen haben und Ausweisungen nur in einer — an den Verhältnissen gemessen — erträglichen Anzahl zur Durchführung gelangten; aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die immer weiter steigende Anzahl der Hilfsbedürftigen überhaupt und die wachsende Finanznot der öffentlichen Kassen zu einer rückwärtschenden Handhabung des Ausweisungsgesetzes führen wird, nachdem bereits die für „Ausländer“ im allgemeinen ohnehin bedeutend niedrigeren Fürsorgeleistungen mehrfach herabgesetzt wurden, weil auch die subten-deutschen Heimatgemeinden infolge der tschechoslowakischen Verwaltungsreform und aus ihr und der tschechischen Wirtschaftspolitik resultierenden steigenden Notlage so gut wie gar nicht in der Lage sind, den deutschen Fürsorgebehörden die für ihre Existenz im Auslande angewendeten öffentlichen Mittel zu ersetzen. Sie sind höchstens in der Lage, ihnen eine Naturalunterstützung in Form einer Lebensmittelkarte zu gewähren, aber was nützen diesen Armen diese Beihilfe, wenn der Herr Reichsminister der Finanzen einen Bollerz für diese Art von Lebensmitteln ablehnt?

Auf Grund all dieser Verhältnisse bilden wir Subtendenutschen im Reiche mit langher Sorge in die alternativste Zukunft und bei vielen der Betroffenen und Geschädigten, die ja die Dinge von ihrem bereits im Vorstehenden geschilderten Standpunkt aus sehen, hat bereits Verzweiflung, tiefste Enttäufung und Verbitterung plagegriffen.

Es ist für die Einstellung der tschechischen Regierung bezügend, daß sie dieser Entwidlung der Dinge bisher vollkommen uninteressiert zugehört hat, denn die Unterstützung, die bisher im Wege über die Konsulate zur Ausfaltung gelangten und mit geringen Ausnahmen Nationaltschechen zugewiesen sind, können die Gefahr natürlich in keiner Weise bannen. Wir haben nun den letzten möglichen Weg beschritten und die Abgeordneten aller subten-deutschen Parteien veranlaßt, von der tschechischen Regierung die Einstellung von Verhandlungen mit dem Reichsregierung zu verlangen, dergestalt, daß sich der tschechoslowakische Staat, von dessen glänzender Lage der Außenminister Dr. Benesch dauernd spricht, dem Reich gegenüber verpflichtet, die für hilfsbedürftige tschechoslowakische Staatsbürger von den zuständigen Reichsbehörden angewendeten öffentlichen Fürsorgemittel zu ersetzen. Eine andere Lösung ist nicht möglich, denn die Fürsorge der Konsulate hat sich bisher in den Hällen, wo es sich um Subtendenutsche handelt, darauf beschränkt, den Verzicht auf die Fürsorgeunterstützung anzureuen, um der Ausweisung zu entgehen, ohne allerdings das Geheimnis preiszugeben, wie diesen Unglücklichen ohne jede Erwerbsquelle die weitere Lebenshaltung möglich sein soll.

Vom „juggerastten Böhmen“!

Von Gänfinger, Mann der Zweigstelle Eisenstadt, Bats.*

Dieser geringfährliche Titel wird leider häufig uns Subtendenutschen — wenigstens hier im Burgenlande — tasfrei verliehen und es muß zu unseren Aufgaben gehören, die dohenländische Bevölkerung dahin aufzuklären, daß sie uns mit dieser Bezeichnung ein schweres Unrecht zufügt. Es mag eine der menschlichen Genüßkeiten sein, sich gegen Einzelwesen, wenn diese nicht unmittelbar ihrem Umgebungsreise angehört, mehr oder weniger abzuschießen. Diese Erziehung ist ja oft schon im Verhältnis eintriet, wenn auch benachbarter Christen zu bemerken. Umfomehr tritt sie natürlich uns gegenüber, die wir aus weiter ferne ins Land gekommen sind, hervor. Damit könnte man sich abfinden, denn wir können gewiß sein, daß die Zeit mit uns geht und wir über kurz oder lang jene Wahrung in der Bevölkerung besitzen werden, die die erniedrigte Speil-

* Da auch in anderen Teilen Boushöferrreichs und des Reiches ähnliche Verhältnisse herrschen, kommt diesem Aufsatz eine allgemeine Bedeutung zu.

chen der Überschreitung der Dienstbefugnisse und das Verbrechen der Verletzung der Dienstvorschriften zur Last gelegt. Sie hatten die Befugnis der Leitenderer Offizierschule ständig mit den ärgsten Schimpfwörtern belegt, hatten sie gegungen, fallen gelassene Patronen mit dem Mund vom Boden aufzuheben und hatten auch eine besondere Spezialität: „Das Melken in den Ofen“. Die Melkoeffizierschüler mußten, wenn sie ihre dienstlichen Verbindungen nicht genügend deutlich vorgebracht hatten, die Meldung in das Ofenloch hinein rufen und mühten hinzufügen: „Ach soll laut und deutlich sprechen!“ Im Regen und Not mühten sie Terrainübungen wie „Auf und Nieder“, Streden usw. ausführen. Das Gerücht fällt drei Freisprüche und erkannte die übrigen 11 Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig. Es wurden bedingte Strafverträge von 1—3 Wochen über sie verhängt.

Subetenland.

Die Vorträger der Tschechisierungspolitik setzen bisher immer sich über alle gefährlichen Tatsachen hinweg und erklären das sudetenbische Gebiet als „verdeutschtes tschechisches Land, das wieder tschechisch werden müsse. In einem Aufsatz „Nordmähen in der Geschichte“ im Amtsblatt der nordmäh-

vor allem ortsfremde aus Böhmisch-Mährdorf, das eine eigene tschechische Schule besitzt und der Kindergarten zählt gar nur 3 tschechische Kinder aus dem Orte. Ein Oberlehrer, eine Lehrerin, eine Kindergärtnerin, eine Handarbeitslehrerin, 1 Lehrer für Deutsch, 2 Religionslehrer verschiedener Konfessionen und eine Wärterin im Kindergarten, die zugleich Schulbienerin ist, zusammen also acht erwachsene Personen werden für die sieben tschechischen Kinder von Rittels ständig bemüht. Die Freigabe des deutschen Kindergartenbaues war noch nicht zu erzielen, obwohl 21 deutsche Kinder einmündig untergebracht, darauf warten, und obwohl Rittels keinen tschechischen Kindergartenbau hat. Dabei plant man für den Ort einen tschechischen Schulraumbau. — In Groß-Millersdorf wurde der Hilfslehrer Hütschfeld der dortigen Bauernschule verhaftet. Die Ursache ist Hütschfelds Briefwechsel mit dem Wanderlehrer des V. d. D. i. B. Sepp Schwarz, der vor Monaten wegen des Verdachts der Russpähung verhaftet worden ist. In der Wohnung Hütschfelds wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der ein Schreiben von Sepp Schwarz und merkwürdigerweise auch ein Bild Ditters „Die apokalyptischen Reiter“ beschlagnahmt wurde. Nach der Hausdurchsuchung wurde Hütschfeld dem Bezirksgericht in Wieselberg eingeliefert. — Der Maschinfabrikarbeiter Vötel aus Groß-Weidenhof bei Hohenstadt hat das



Überflutung in Grassitz (Gassenmühle und Brücke) 4. Januar 1932.

schen Narodni Jednota leugnet Prof. Dr. Gruby nicht, daß es in Nordmähen, oberhalb Böhm.-Mährdorf und Rittels gegen Goldenstein, gar keine tschech. Ortsnamen gibt, denn diese Gegend war niemals von tschech. Siedlern bewohnt. Diese Feststellung ist wichtig, weil sie beweist, daß die unter dem Namen „Rekultivation“ betriebene Tschechisierungspolitik in Nordmähen ein großer Schwindel ist. Prof. Dr. Gruby gerät immer mit diesem Verhältnis die theoretischen Grundlagen, auf denen die Narodnauvinisten die Tschechisierungspolitik aufbauen. — Die Narodni Jednota hat ihre Reorganisation, die ganz Nord-, Ost- und Mittelmähnen mit einem dichten Netz von Arbeitsstellen überzieht, so gut wie beendet. Außer den Kreisorganisationen, deren Gebiet sich im Westen und Norden mit dem Gebiete der Gerichts- und politischen Bezirke deckt, werden noch drei sogenannte Gruppen als eine Art höherer Kampforganisation geschaffen, deren jede 7 bis 9 Bezirke umfassen wird. Die Gruppe Nord, umfassend die Bezirke Schilber, Schönberg, Gosenstadt, Mühlitz, Sternberg, Mähr. Neustadt, Wänerstadt, Varn ist bereits eingerichtet. An der Spitze der Gruppe stehen für die Bürgerlichen der Schönberger Gymnasialdirektor J. Dabert, für die Sozialdemokraten der Direktor W. Dril. Die nationale tschechische Angriffssfront scheint somit erweitert und von sämtlichen tschechischen Parteien geschlossen. — Die Gemeindevorhaben in Olmütz sollen am 20. März stattfinden. — Bei den Gemeindevorhaben in Wäner- u. Gosenstadt, die am 28. März stattfinden, kandidieren 9 Parteien, 8 deutsche, die Kommunisten und die vereinigten Tschechen. — In Rittels in Nordmähen wurde jenerzeit das deutsche Kindergartengebäude für tschechische Schulzwecke beschlagnahmt; die tschechische Schule besuchen nur 4 tschechische Kinder aus Rittels, sonst

große Fortschritt Tschechisch, das sich über die Katastralgemeinden Tschimisch, Wladensdorf und Wenzelsdorf erstreckt, von der mächtigen Kolonisationsgenossenschaft, die aus wenigen tschechischen Politikern besteht, ermorben. Das Fortschritt ist vor zwei Jahren durch die Fortschritt reformenteignet worden. Obwohl es in reindeutschen Gebiet liegt, blieben alle Ansprüche der deutschen Gemeinde unberücksichtigt. Aus Tschechisierungsergründen ist nun der angeblich soziale Ruch der Reform ins Gegenteil verkehrt worden. — In Sternberg ist am 28. Jänner der Marxer und Deutsch von Sternberg, Franz Kollisch, ergr. Rat, gestorben. Der Verstorbenen hat an die fünfzig Jahre in Sternberg verbracht und war mit dem Leben dieser Stadt und seinen Bewohnern innig vertraut. Er war am 31. Juli 1854 in Meinfendorf im Ruchlandchen aus altem Bauerngeschlechte geboren. — Bei der Bürgermeisterwahl in Preßnitz wurde ebenfalls der Schuldirektor Kamill Krenow zum drittenmal zum Bürgermeister von Preßnitz gewählt. Zum ersten Bürgermeister Stellvertreter wurde der Advokat Dr. Josef Bieler von der deutschen christlichsozialen Partei, zum zweiten Bürgermeister-Stellvertreter der Bergbeamte Anton Zwarditz von der polnischen kath. Partei gewählt. Zu Stadträten wurden drei Deutsche gewählt.

Submähen.

In der ersten Woche des Jäbers wurden in Wäner sechs deutsche Kritiker für die Untersuchungshaft genommen und gegen sie ein Verfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik eingeleitet. Die verhafteten deutschen Studenten stehen im Verdacht, im Rahmen einer geheimen Körperhaft Staatsfeindliche Intrigue be-

zu haben. Die Studenten wurden dem Verdict eingeleistet, obwohl noch gar nicht erwiesen wurde, worin die „staatsgefährlichen Intrigue“ bestanden haben. Die Bremer Polizeidirektion hilft sich über die weiteren Einzelheiten des Falles, der allerdings für die sächsische Presse eine willkommene „Genoschaft“ ist, in tiefes Still-schweigen; weitere Verhaftungen wurden in Jägerndorf vor-geworfen. — Die „Sächsische Zeitung“ in Leipzig berichtet, daß die Verhaftungen verdaulich erscheinen. Die „Lundener“ Verhaftungen mehren sich von Monat zu Monat. — Ein Aufreißerbrief für „Gleiche unter Gleichen“ bietet der Vorschlag von Brünn, soweit er die Schulwesen betrifft: Im Schulbauprogramm sind 14 Millionen tsch. Kronen für sächsische und 200.000 Kronen für deutsche Schulwerke einge-rechnet. — Die „Sächsische Zeitung“ teilt mit, unter der Bedingung, daß die sächsische deutsche Schule der Provinz Sachsen aufgelöst und in eine sächsische Schule für sage und schreibe vier sächsische Kinder umgewandelt. Seither müssen sechs-geiß deutsche Kinder in das entferntere Ebersdorf zur Schule gehen. In der großen deutschen Gemeinde Steden besteht nur eine deutsche private Bürgerschule. Die Übernahme dieser Schule durch den Staat war bisher noch nicht zu erreichen. In der Gemeinde von Wittenberg besteht eine sächsische deutsche Schule, die der deutschen Aufzucht noch zusehrend eingegriffen. Die Gemeinde Hufen ist ohne deutsche Schule. Dafür besteht in der fast rein deutschen Gemeinde Deutsch-Wiechübel eine sächsische Bürgerschule, die nur aus Prestigegründen weiter erhalten wird. — Das „Sächsische Siedlungsgebiet“ gehört zu den wichtigsten süddeutschen Stützpunkten. Das Gebiet umfaßt 80 Ortschaften, von denen rund 30 mit ungefähr 3700 Deutschen auf 1000 Hektar Boden liegen. Die deutsche Bevölkerung ist im 19. Jahrhundert im wesentlichen seinen Verfall auf Silber und Eisen. Nach den Russienkriegen ging es mit dem Verfall zu Ende, aber Jälan wurde berührt als Tuchmadererstadt. Daraus entwickelte sich eine rege Industrie. Jälan war eine reiche Stadt bis in die neueste Zeit hinein. Der Umsturz hat auch hier die einstige Blüte vernichtet und die Weltreise droht die letzten Reste des ehemaligen Wohlstandes zu vernichten. Das Jahr 1906 war ein sehr schlechtes für Jälan. Die Textilindustrie hat sich in ein so ansehnliches Auf- und Ab mit Tausenden Brot gab, lie-nahzu völlig still. Die großen Fabriken in Delenental, Verman, Treisch, Hühls, Battelan haben ihren Betrieb eingestellt. Die einst blühende Tuchindustrie geht dem sicheren Ende entgegen, wenn nicht im letzten Augenblick noch irgendwo Rettung kommt. Die Strick-warenindustrie litt früher unter dem Sturz des englischen Handels, obwohl sie sich nicht erholte. Der Umsturz ist auf die Kasse gekom-men. Einer der größten Industriebezirke der Provinz Sachsen ist fast-schleier. Alle anderen Betriebe dieser Industrie haben ihre Erzeu-gung bedeutend eingeschränkt. Die ehemals fast verbreitete Glas-industrie geht ebenfalls ständig zurück. Die Lohmlegung aller diezestischen trifft am schwersten die deutsche Bevölkerung; denn die entlassenen deutschen Arbeiter und Angestellten finden nirgends Aufnahme, während die Deutschen in den sächsischen Betrieben Un-lust haben, die sächsischen Arbeiter in den sächsischen Betrieben be-schäftigt. Die wirtschaftliche Not wird noch durch die allgemeine Be-trübnissteigerung. Am 25. und 26. Juni wird in Prag das 6. Internat der süddeutschen Turnvereine durchgeführt.

Preis: Deutsch-Mark 10,-

Gesellschaftliche, Wien, 8. Bez., Nußmannstraße 18 a. Fernruf A-26-2-86.

Von der Kreisleitung. Bei der Arbeit ist das Rundschreiben, das bereits im Monat Dezember an die Zweigstellen und Heimatgruppen erging, mit all seinen Anordnungen und Anregungen zu beobachten. — Die noch ausstehenden Verzeichnisse über 1931 find ehestens einzufenden. — Die Zweigstellen und Heimatgruppen werden dingeinsitzend aufgefordert, schon jetzt dafür zu sorgen, daß eigene Vertreter jeder Heimatgruppe und jeder Zweigstelle zur Kreishauptversammlung entsendet werden, die betamännlich zu München im Leben stattfindet.

Die Gedenkfeier für die jüdenfeindlichen Mordopferanfellenen in Wien wird am Sonntag, 6. März, um 1/2 10 Uhr vormittags im großen Saale des Wiener Konzerthauses abgehalten; bei dieser Kundgebung wirken mit: Herr Dr. Karl Lohr mit Orgelbegleitung, Fräulein Hilde Weinberger spricht den von Rottenmann Herrn Rudolf Haas verfassten Vorschlag, die Gedenkreise Kitzbühel, Innsbruck, Salzburg, Linz, Prag, Brünn, Pilsener, Böhmerwaldschule für Verbliebenen in Wien, der „Lullus-Wännerengangsverein“ unter Leitung seines Ehrenvorsitzes Richard Blöchlener bringt drei Ehre zum Vortrag. Die Leitung der Gedenkfeier liegt wiederum in den Händen des Herrn Bezirksrates Franz Würtelschmid, des Obmannes der Wiener Arbeitsgemeinschaft „Ehrenpflicht aller Mitglieder und Mandatäre ist es, an dieser Gedenkfeier unbedingt teilzunehmen.“ Alle Mitglieder der „Freie Arbeitervereine“, die Gedenkfeiern sollen von allen Mitgliedern aus der Erde besucht werden.

Vermahlungstätigkeit. Von der Bundesleitung sprachen der Bundesvorsitzende Adolf Farkisch am 21. Februar in einer Vermählung der Ingst. St. Älten über die Frage der Donaualfibration und am 28. Februar beim Zweigverein „Schneewaldgang“. Bundesleistungsmittel Professor Dr. Knoll sprach am 12. Februar bei der Wiener Vertrauensmännerverammlung und am 16. Februar bei der Hauptverammlung des Zweigvereins Södnährböden. — Von der Kreisleitung sprach Herr Kaufal am 13. Februar bei der Hauptverammlung der Ingst. Wödling, am gleichen Tage Herr Sager bei der Hauptverammlung der Ingst. Kleinfuruberg und Herr Mengler am 21. Februar bei der zehnjährigen Gründungsfest der Seimatgruppe Köppl. — Der Kreisgeschäftsführer Dr. R. Masche sprach am 10. Februar bei der Donauverammlung der Seimatgruppen Neufeldkirchen und Sternberg, am 12. Februar bei der Vertrauensmännerverammlung, am 13. Februar im St. G. Landtschke, am 14. Februar bei der Hauptverammlung der Ingst. Eisingen und bei der Bezirksverammlung am 21. Februar in Hofdorf-Söhenau, am 23. bei der Hauptverammlung des Zweigvereins Sudetenland und am 28. bei der Ingst. Söhenau, wobei er auch einen Lichtbildvortrag über die maßgebenden Bäder hielt.

Spenden an die Kreisleitung. Vom 21. Jänner 1932 bis 18. Feber 1932, Zwofst. Lieferung S 250.—; Humanitärer Verein der Schiefer in Wien (zehn Minuten-Sammlung) S 68,91; Zwofst. Leobersdorf S 11,40; Schlesische Bauernbühne in Wien (zehn Minuten-Sammlung) S 35.—; Gesamtsumme S 365,31. Allen Spendern herzlichsten Dank.

Urlaubs-Autoleihen. Die unseren Landeuten bekannte Firma Trexler (Inhaber selbst ein Landmann), Wien 12, Sauerlandgasse 1, veranfaßt almonatlich Autobusmanöverfahren und Urlaubs-Autoleihen, auf die unsere Mitglieder besonders aufmerk gemacht werden. Am 28. März wird eine solche Fahrt in das herrliche Salgammegut durchgeführt. Kostenpreis S 60.— einschließlich der Verpflegung und Rückführung. Am 16. April eine 2tägige Fahrt nach Italien bis nach Rapell und Südtirol. Kostenpreis S 800.— Die Firma gewährt unseren Mitgliedern, bezgl. dem Heimatbund besondere Vergünstigungen.

Zweizverein Böhmernwaldbau. Nächste Zweizvereins-
sitzung am Freitag, 11. März um 19 Uhr in Nagls Gastwirtschaft,
4. Bez., Argentinierstraße 8; besondere Einladungen ergehen nicht.
— Am Sonnabend, 19. März in der gleichen Gastwirtschaft ge-

Aus der Bewegung

Von der Bundesleitung. Wegen der derzeitigen wirtschaftlichen Notlage, von der die Subtenbeuthen im Deutschen Reiche betroffen sind, hat sich die Bundesleitung an die maßgebenden öffentlichen Stellen des Reiches, an die reichsdeutschen Parteien und an die Parteien der Heimat gewendet, um notwendige Erleichterungen zu erwirken und die Härten der reichsdeutschen Gesetze so weit als möglich zu mildern. — In die Kreisleitungen erging von der Bundesleitung ein Rundschreiben über die Durchführung der Märzgebühren- und ein Entwurf der Abendzede.

Von der Zweifelsleitung. Mit Rücksicht auf die dargelegten Verhältnisse im Deutschen Reich, von denen unsere Handelsleute und Mitbürger betroffen werden, erwies es sich als dringend notwendig, die von Landmann Grimm verfaßte Zeitschrift in der Zeitschrift zu veröffentlichen. Ihm hiesfür den notwendigen Raum zu gewinnen, mußte in dieser Folge die Abtheilung „Der Beobachter“ men-

Sulin-Wachs

verbesserte Schneider-Pasta, fest und flüssig
Vorzüglich für Parfett u. Linoleum
Gm., Wien, IV., Große Neugasse 31b

Jeden zweiten Sonntag im Monat Himatadate, Domreikauent, —
 Jeden 10. — Erfurt, Rohls Theatergärten. — Wotho, Jeden ersten
 Sonntag im Monat Reikauent „Schillerquelle“, Schillerfest. —
 Wrag-Konne, Jeden dritten Sonntag im Monat Wothau nach.
 Braunwidm, Jeden zweiten Sonntag nach dem 1. „Wärzberger
 Hof“, Kneufest 21—23. — Dessau, Jeden ersten Dienstag im
 Monat Staffer Kupp. — Gotha, Jeden zweiten Montag im Monat
 Reikauent „Am Theater“. — Sittlerfeld, Jeden dritten Sonntag
 im Monat in Sandersdorf Wothau zur Eifenbahn. — Altenburg,
 Jeden zweiten Sonntag im Monat Reikauent, — GutsMuth, Jeden
 Mittwoch nach dem 1. — Erfurt, — Sittlerfeld, — 1881, —
 berg, Jeden ersten Dienstag im Monat Wothau Wothau Pfah in
 Bismuth, Jeden 1. — Weimar, Jeden ersten Sonntag im Monat,
 Bismuth im Monat im „Reichstangler“. — Griesnach, Jeden ersten
 Mittwoch im Monat im „Reichstangler“. — Heis, Jeden ersten
 Sonntag im Monat im Wothau „Goldene Sonne“. — Wolfen-
 büttel, Jeden ersten Freitag im Monat, „Amis Salber“ bei Wies.

Reich Rheinland-Westfalen.

Gefühlsstelle: Zielesid, Obernortwall 3 b.

Von der Kreisleitung. Die Kreisleitung verweist auf das an die Ortsgruppen herausgegebene Mundschreiben wegen der Sterbefälle und ersucht nochmals, die Verbemonate voll und ganz im Sinne des Mundschreibens anzuhehnen.

Von den Krisenperioden. Der letzte Gemeinratshaus fand im Zeichen des Aufstiegs und nach dem von den Mitgliedern und Gästen gut besucht; besonderer Dank gebührt unserem Vorsitzenden und unserem Begrüßungsobmann. — Sittlerd. Am 8. Weihnachtstage feierte die Krisisgruppe in Sonderburg ihr Weihnachtsfest; bei diesem hielt der erste Vorsitzende Josef Seidl eine Ansprache, in welcher er sich über die Krisis in Sonderburg äußerte. — Hainberg. Im Sonntag, 6. März, vormittags 11 Uhr, Gedenkfeier für die tuberkulosebenen Märgelgefallen in der Bürgergaststätte; die Gedenkfeier hält Herr Major Ritter vom Golditz. — Oberhausen. Unser Hauptversammlung wurde am 30.änner abgehalten; der Mitgliederbestand betrug 28, wovon 7 erkrankte sind. Zum Kassier wurde Landmann Emil Ruffelseder, Oberhausen. Blumentasterkassier, gewählte die ursprüngliche Krisisgruppe, wurde Herr Oberbachmeister, Oberhausen. Bei der Sommerversammlung am 9.änner wurde Landmann Emil Weichner, Koblentz, Markenbildungsverband 15, zum Vorsitzenden gewählt; anschließend an die Hauptversammlung hielt Herr Schriftsteller N. Huber einen Vortrag über die kulturelle Bedeutung des Substanzengedankens. — Der Gemeinderat am 6. Februar nahm bei sehr gutem Besuch einen sehr schönen Verlauf. Die Beschlüsse waren: Einmalige Gabe eines Bogen, Koblentz, Markenbildungsverband 15, zum Vorsitzenden gewählt; anschließend an die Hauptversammlung hielt Herr Schriftsteller N. Huber einen Vortrag über die kulturelle Bedeutung des Substanzengedankens.

Verfallungsanzeiger: Güte: Jeden 3. Sonntabend im Monat Verfallung im Markhus Thor, 3 Uhr nachm. — **Kedingshausen:** Nächste Verfallung am 6. März Hotel Schäfers, 5 Uhr nachm. — **Düßeldorf:** Jeden 1. Sonntabend Verfallung im Salbator. — **Solingen:** Jeden 1. Sonntabend im Rest. Kluth, Ohligs. — **Nemisch:** Jeden 2. Sonntabend im Rest. Rabian, Dreieckstrasse. — **Bonn:** Jeden 3. Sonntabend im Monat, Rest. Döhndorf. Auf die haltfindende Märtschallensfeier machen wir besonders aufmerkſam. — **Köln:** Jeden 2. Sonntabend im Monat, Rest. Kranß, Martini. — **Wladib.-Kiebitz:** Jeden letzten Sonntabend im Monat, Rest. Schweigebau. — **Strasbourg:** Jeden 2. Sonntag im Monat, Rest. Jersé. — **Wien:** Jeden 2. Sonntag nachm. — **Emmeln:** Die nächste Märtschallensfeier findet am 6. März halt. — **Brachwe:** Jeden 1. Sonntabend im Monat, Rest. Schwina, Gengen. — **Viefelde:** Jeden 3. Sonntabend im Monat, Rest. Rintkings, Ritterstrüch.

Verwaltungsgebiet Dresden.

Veröffentlichungsstelle: Dresden-St. 1, Ringenburgerstraße 49/51

Sciaenops

Gefährdungsstelle: Walfau, Obermseelestraße 7/II, Bernau 2024.

Wörthgau. Mit 15. Heber verließ uns unser langjähriger Gauleiter Landsmann Rott; mit besonderem Eifer hat er stets die Zweigstellen Briefe, Übergabeislaun und Buchenau betreut; wir hoffen auf seine Mithilfe auch in seinem neuen Wohnort in der Rürnberger Gegend; der Abschiedsabend der genannten Zweigstelle am 7. Heber gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Dankesfundgebung für den Scheidenden.

Aus dem Zweigstellen. Bärenau. Jahreshauptversammlung am 16. Jänner: Obmann Franz Braunschläger gab einen kurzen Bericht, aus dem hervorging, daß die Zweigstelle und ihre Mitglieder unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse schwerer zu leiden hat. In die Zeitung gedruckt wurden: als Obmann Franz Braunschläger, als Schriftführer Anton Reid, als Zahlmeister Karl Wurm, ferner die Kandidaten Max Reid, Michael Braunschläger.

Präsident **Sweringer**, Karl Müller, Anton Bürl, Josef und Rudolf Kraus. Beschlossen wurde ein Verbauchsaal nach Schönbühl. — **Nürnberg**. Am 28. Heber beteiligte sich die Zweigstelle an einer Goethefeier, die von der kulturellen Arbeitsgemeinschaft durchgeführt wurde und bei der der bekannte Goetheforscher Herr Kirchgast Dr. Zildier, Prag, die Gedenkrede hielt. — Vorausichtlich am 16. März im großen Saale des Industrie- und Kulturbereiches Gedenkreise für die bedeutendsten Märkte; außerdem, — Gedenkreise für den Mann, der die deutsche Wirtschaft in die Welt der Völkerverständigung führt. Am 18. März im Zimmer 4 des Industrie- und Kulturbereiches Jahreshauptversammlung, an der eine rege Beteiligung der Mitglieder erwartet wird. — **Hantenhammer**. Bei der Versammlung am 14. Heber sprach Gauleiter Rudolf und der oberste Gauleiter Seigal. — **Wittenbach** a. d. P. Am 7. Heber gab die Monatsversammlung. — Da der erste Vorsitzende Landmann Julius Mehl beurlaubt ist, führt ihn auf Beiseiters der zweite Vorsitzende Michael Gosenberg die Gasse. — Die Monatsversammlung am 14. Heber wurde von Gauleiter Seigal geleitet. — Am 14. März eine Gedenkreise für die bedeutendsten Märkte. — **Märkte**. Am 14. März im Saale des Herrn Geist, Nürnberg, der erste, die Gedenkreise hält Landmann Seigal auf Hof, nach der Gedenkreise Zusammenkunft im Vereinsheim. — **Sels**. Am 23. Jänner 88 abend unserer Zweigstelle in Neuhau, bei dem der erste und zweite Vorsitzende sprachen, zum Schluß konnte eine Zweigstelle mit einer schönen Zahl von Mitgliedern gegründet werden. — **Widen**. Bei unserer Zusammenkunft am 13. Heber sprach Gauleiter Mehl. — Zum Ende wurde ein Befehl sich nimmer in der Wirtschaft. — **Unter Weidenbüschen** in der Wölbung. —

Kreis Indien.

Geistliche: Dresden 9. 1. Hanaendorfische 49/11.

[illegible]

Obau Dresden. **Am-St. Dresden.** Die Generalversammlung am 30. Januar brachte eine Verhärthung in der Leitung; an Stelle des zurückgetretenen Landmannes Albert Schöge wurde Landmann Oswald Sillmann, Dresden-19, Ehrenvertrauete Nr. 10/III zum 1. Vorsitzenden gewählt. — Die Wärgesammlung findet wegen des Osterfestes am Montag, 21. 3., abends 8 Uhr bei „Viebig's" statt, — die Wärgesessenfeier am Sonntag, 6. März, $\frac{1}{4}$ Uhr im großen Saal des „Palmengarten". **Am-St. Weissen.** Am 23. Januar Hauptversammlung. Nach den gegebenen Nachrichten dankte der Vorsitzende Landmann Kreibitz allen seinen Mitarbeiter und Mitglieder. Die Neuwahl ergab des alte Bild. Der Gauleiter, Landmann Sillmann, sprach über Reichthum, allgemeine Wohlthat und organisirte Fragen. Auf den Wunsch hin fand der Ort und die Gründung einer Feuertennengruppe statt, auf die für die nächste Zukunft größere Hoffnungen gesetzt werden. **Am-St. Pirna** veranstaltete am 27. December im Vereinsheim „Deutsche Bierbude" eine Weihnachtssessenfeier, bei der 70 Kinder und eine Anzahl invalide Landleute befangen wurden. — Am 24. 1. Hauptversammlung. An Anwesenheit des Gauleiters, Landmann Sillmann, wurden die Berichte gegeben und die wichtigsten Reichthums- und sonstigen Aeußen durchgeführt.

gesprochen. Die Kreuzwahl brachte keine Veränderungen. Landsmann Hilsmann dankte der Zweigstelle Wiens für ihre bisherige Tätigkeit im Rahmen des Bundes und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung von und auf den Nutzen der Gründung einer Frauenzweiggruppe. In deren Wert unter reichem Beifall erkannte er. — **Im-St. Kreuzen** hielt ihre Hauptversammlung am 29. 1. ab. Die Kreuzwahl ergab keine Veränderungen. Der Gauleiter Landmann Hiltmann gewann auch hier die Abzählung, doch alles dankt wurde, um den Anforderungen der heutigen schwierigen Zeit gerecht zu werden. — **Im-St. Elisabeth** veranstaltete am 31. 1. in Pörschstein eine Werberversammlung, die besonders von reichbetriebligen Gästen recht gut besucht wurde. Der Gauleiter, Landmann Hiltmann, sprach über Zweck und Ziele der Bewegung und berief sich, das Interesse bei allen Anwesenden zu wecken, auf eine tatkräftige Unterstützung unserer Bewegung zu ermahnen. — **Im-St. Otfrieds**. Die Zweigstelle veranstaltete am Sonntag, den 13. 2. im „Schülerhaus“ in Otfrieds einen Subabendbesuch. Gemeldet, aber, der recht gut besucht wurde und um dessen Ausgestaltung sich die Jungfrauen der Zweigstelle Wiens in erster Linie verdient gemacht hat. Ein von ihr gebotenes heimatisches Theaterstück wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein ebenfalls von den Wienera Bundesleuten geführtes Doppelquartett brachte mit recht viel Geschick einige Ua zu Gehör. Der Leiter des Gesangs Dresden Landmann Hiltmann, welche mit seinen Darlegungen über das Wesentliche der subabendbesuchenden Frage das Interesse aller Anwesenden in hohem Maße.

Gau Chemnitz. Am 1. Februarabend — ein voller Erfolg! Unter lieber Landmann Benhart aus Schelltau brachte gleich mit den ersten Liedern zur Route und seinen unermüdeten, ergebungsreichen Schwestern die beste Stimmung hervor, die sich im weiteren Verlauf mehr und mehr steigerte. — **Märzgesellschaften**. Am 6. März 9 Uhr früh im „Reiterhof“ vereinigte sich am Verein der Subabendbesuchenden und Herrlicher und anderen Landmännern. Die Märzversammlung fällt aus.

Gau Orlau. **Im-St. Jutta** hielt am 23. Januar 1932 im Fremdenhof „Deutsches Haus“ ihre Jahreshauptversammlung ab, die einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatte; der 1. Vorsitzende Landmann Marschner gab einen kurzen Jahresbericht, den Landmann Schwarzbach jun. durch zahlreichste Daten über die geleisteten Arbeiten ergänzte. Diese stellten in Teilen der schwierigen Wirtschaftslage, fast jedes dritte Mitglied erschweren und von vielen jedoch nicht ausgeteilt ist, eine recht anscheinliche Zahl dar, die aber auch bewies, wie vielen Kameradschaften der Heimatbund in ihrer Bedrängnis helfen konnte. Kassenverhältnisse und Geschäftsbildung des Schachmeisters, Landmann Breuer, wurden von den Kassaprüfern als richtig und musterhaft begutachtet. Es folgen dann die Berichte des Vermögensvorstandes Landmann Jantich, der Jugendleiter der 12 Mitglieder zählenden Jungfrauen, die Berichte der Kassaprüfer. Alles ergab ein erfreuliches Bild der Zusammenarbeit der einzelnen Funktionäre und der Mitglieder der Zweigstelle. Die folgenden Kreuzwahl brachte als 1. Vorsitzenden Landmann Schwarzbach jun., als 2. Vorsitzenden Landmann Marschner, als 1. Schachmeister unseren beizüglichen Landmann Breuer. Der übrige Gesamtvorstand wurde wiedergewählt. Nur die bisher zusammengefasste Jugendleitung und -führung erbat sich und erhielt einen Jugendleiter in der Person des Landmannes Marschner.

Gau Oberergerberg hielt am 14. Februar seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Gauleiter, Landmann Georg Schöner, hielt einen sehr interessanten Jahresbericht, der die Tätigkeit im verfallenen Geschäftsjahre, 120 Eingänge und 150 Ausgänge betrafen den Umfang der Arbeiten, der wesentlich durch die wirtschaftliche Krise bestimmt wird. Mit Genugtuung konnte der Vortragende feststellen, daß auf Grund seiner dauernden Ermahnungen in den verschiedenen Zweigstellen eine rege Werbetätigkeit zur Stärkung des Heimatgedankens eingeleitet habe. Der Kassierbericht des Landmannes J. Kung gab ein zufriedenstellendes Bild, er wurde von dem Rechnungsprüfer richtig gegesehen. Die diesjährige bewährte Gauleitung wurde wiedergewählt. **Im-St. Jutta**, der bei 2. Januar Werberversammlung, die zwar von seiten der Mitglieder selbst hätte etwas besser besucht sein können, immerhin aber gute Aussichten auf späteren Erfolg brachte. Landmann Schöner als Gauleiter sprach eingehend über den Heimatbund, sein Wesen, seine Ziele, seine Arbeitweise und über das auf diesem Wege bisher Erreichte. — **Im-St. Oberergerberg** hielt am 31. Januar die diesjährige Hauptversammlung ab, bei der alle bisherigen Zweigstellenfunktionäre wiedergewählt wurden. Landmann Schöner als Gauleiter behandelte in seinen Ausführungen den organisatorischen und wirtschaftspolitischen Teil.

Gau Westfalen hält für alle seine Zweigstellen am 6. März in Pörschstein die diesjährige Märzgesellschaften ab, welche die Beteiligung der Mitglieder und der Öffentlichkeit wird ermahnen. In der Hauptversammlung der Zweigstelle **Blauen** ißgilt, wurde der gesamte bisherige Vorstand wiedergewählt. Aufgeführt sind wie bisher an Landmann Emil Wahner, Blauen ißgilt, Westfalenstraße Nr. 67 zu richten.

Sterbefallensbericht. Mit dem Sterbefallensbericht vom 1. Februar haben wir die Sterbefälle Nr. 496 (Frau Agnes Rugebauer, Hellhammer) ausgemeldet. Im Monat Februar sind bisher folgende Sterbefälle eingetruen: Nr. 497 Herr Bengel Kraus, Seidenau, 78 Jahre (Lungenentzündung); Nr. 498 Herr August Reumann, Bremen, 51 Jahre (Altersschwäche); Nr. 499 Herr Josef Weib, Chemnitz, 50 Jahre (Lungenentzündung); Nr. 500 Frau Sophie Köhl, Schweidnitz, 62 Jahre (Herzkrankheit); Nr. 501 Herr Karl Appich, Bremen, 36 Jahre (Lungenentzündung); Nr. 502 Herr Rudolf Busch, Jüttau, 66 Jahre (Speiseröhrentumor). Etwa noch bis Ende des Monats eingehende Sterbefälle werden mit Bericht am 1. März 1932 bekanntgegeben.

Kreis Schleien.

Geschäftsstelle: Riegels, Sophienstraße 32.

Gau Orlau. **Im-St. Orlau**. Am 22. Jänner gut besuchte Jahreshauptversammlung; nach Erstattung der Jahresberichte der **Im-St.** und der Verwaltungsstelle Dresden wurde der bisherige Vorstand mit Landmann Sturm als 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Am 6. März 22. Sitzungsfest im Angerkraus. **Im-St. Benga**. Bei der Jahreshauptversammlung am 16. Jänner wurden in den Vorstand folgende Landesleute gewählt, Dieg Samper, Ernst Engelmann, Hermann Schindler, Bergmann, Wenzel Völz, Josef Hartinger.

Gau Landeshut. **Im-St. Rebau**. Am 24. Jänner Jahreshauptversammlung; die Tätigkeitsberichte der Amtsleiter wurden zur Kenntnis genommen; da der bisherige Vorsitzende Landmann Reumann sein Amt fruchtlos abgeben niedergelegt, wurde Landmann Mühlberger zum 1. und Landmann Kampel zum 2. Vorsitzenden gewählt; für die Landesleitung in Reichenbach wurden drei Vertreter bestimmt. — **Im-St. Landeshut**. Bei der Jännerversammlung am 17. Jänner hielt der Gauvorsitzende Landmann Meier einen ausführlichen Vortrag „Warum sind wir im S. S. B.“; für den am 25. Jänner in Reichenbach stattfindenden Gaukongress wurden die Vertreter gewählt. — **Im-St. Netzenbach**. Bei der Jahreshauptversammlung sprach Gauvorsitzender Landmann Meier über den Stand der subabendbesuchenden Bewegung. In den Vorstand wurden gewählt die Landesleute: Hilmler, Hoffmann, Sengel, Erben, Reil, Schumacher. Zu Beisitzern wurden an Stelle einer besonderen Kreis 9 ausgesessene Mitglieder beauftragt.

Gau Reichenbach. **Im-St. Dittersbach**. Geschäftsstelle wurde, sich der arbeitslosen Landesleute anzuschließen, und alle Mitglieder, die sämtliche Sitzungen im Jahre besucht haben, anerkennend zu ehren. Die Vorstandswahl wurde auf die nächste Sitzung verschoben. — **Im-St. Varschau**. Bei der Hauptversammlung am 27. Jänner wurden in den Vorstand gewählt die Landesleute: Alois Rohrlert, Karl Brante, Rudolf Weislich, Karl Simon, Josef Kall, Waldemar Kratz. — Am 30. Jänner hielt die **Im-St. Varschau** eine bunten Abend ab.

Im-St. Reichenbach. In der Hauptversammlung am 10. Jänner hielt der Vorsitzende Landmann Schwarzbach den Geschäftsbericht; Landmann Vilsbach, der in musterhafter Weise Geschäftsverwalter war und mit Mithilfe auf sein hohes Alter eine Wiederwahl ablehnte, wurde einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. In den Vorstand wurden die Landesleute Schwarzbach, Nagel, Kluge, Egner und Urban gewählt. Die Gründung einer Jugendgruppe wurde beschlossen und alle deren Leiter Landmann Nagel bestimmt. — Am Sonntag, 6. März, im großen Sonnenhof Wendenfeier für die subabendbesuchenden Märzgesellschaften; die Gedenkfeier hält Kreisvorsitzender Ang. Sengel; anschließend folgt die Aufführung des heurigen Volksbühnen „Im Baum und der Schelle“ von Landmann Alfred Kluge, Reichenbach. Die Mitglieder und die umliegenden Zweigstellen sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

Gau Orlau. **Im-St. Reife**. Bei der Hauptversammlung am 16. Jänner wurde der bisherige Vorstand mit Landmann Schöner als Vorsitzenden und Landmann Tige als Schriftführer wiedergewählt. — **Im-St. Reichenbach**. Bei der Hauptversammlung am 10. Jänner wurden die Berichte des Vorstandes mit Dank zur Kenntnis genommen, die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden mit Ausnahme des erkrankten 2. Vorsitzenden wiedergewählt, erster Vorsitzender ist also wieder Landmann Rudolf Schöndübel, 2. Vorsitzender Landmann Karl Köstler.

Auskünfte und Nachschub

Gesetze und Verordnungen des tschechoslow. Staates im Jahre 1931, welche für Sudetendeutsche im Auslande von Bedeutung sind. (2. Jahrgang.) Reg.-Verordnung v. 3. 7. 31 über d. Eingliederung d. Kriegeskläden und einiger Sudeten aus d. Zeit nach dem Untergang.

Stud 50 v. 10. 7. 31. — Auslandm. d. Min. d. auswärtigen Angelegen. v. 14. 7. 31. betreffend d. Ausgabegeldm. aus d. Handelsübereinkommen zwischen der tschechoslow. Republik u. d. Republik Österreich v. 21. 7. 1927. Stud 52 v. 15. 7. 31. — Reg.-Verordnung v. 20. 7. 31. womit die am 17. 7. 31. getroffene Vereinbarung, betreffend d. weitere Verlängerung d. tschechoslow.-öster. Ausgabegeldm. v. 21. 7. 1927, provisorisch in Wirksamkeit gesetzt wird. Stud 54 v. 20. 7. 31. — Gef. v. 16. 7. 31. betreffend d. Nutzung d. Außenhandels. Stud 56 v. 25. 7. 31. — Reg.-Verordnung v. 27. 7. 31. womit das am 22. 7. 31. abgeschlossene Ausgabegeldm. aus d. Handelsübereinkommen zwischen der tschechoslow. Republik u. d. Republik Österreich v. 21. 7. 1927, provisorisch in Kraft gesetzt wird. Stud 57 v. 27. 7. 31. — Reg.-Verordnung v. 10. 7. 31. betreffend d. besonderen Bestimmungen f. d. Anstellung als Beamtenwörter oder Beamter u. f. d. Beförderung eines Beamten i. d. einzelnen Beamtenkategorien u. Dienstbereichen. Stud 60 v. 4. 8. 31. — Auslandm. d. Min. d. Justiz, d. Finanzen u. d. auswärtigen Angelegenheiten v. 27. 7. 31. womit gem. § 3, Abs. 2, d. Gef. v. 21. 3. 1931, § 2, d. 68. u. R. Nr. 51, zur Durchführung d. Übereinkommens zwischen d. tschechoslow. Republik und d. Königreiche Ungarn v. 20. 5. 1928, betreffend d. Regelung d. Schulden u. Forderungen in alten öster. und ungar. Kronen, d. Geschäftsordnung d. auf Grund des Art. 13, Abs. 5, d. erwähnten Übereinkommens errichteten Schiedskommissionen verlaubar wird. Stud 62 v. 8. 8. 31. — Reg.-Verordnung v. 24. 9. 31 zur Durchführung d. Gef. v. 10. 7. 31, § 2, d. 68. u. R. Nr. 121, betreffend d. Unterrichtung d. Außenhandels. Stud 73 v. 10. 8. 31. — Reg.-Verordn. (V) v. 16. 10. 31 zur Durchführung einzelner Bestimmungen d. Gef. v. 14. 12. 1923, § 2, d. 68. u. R. Nr. 7 v. 3. 1924 über d. Schutz d. tschechoslow. Währung u. d. Umlaufes d. gesetzlichen Zahlungsmittel. Stud 74 v. 16. 10. 31. — Auslandm. d. Fin.-Ministers v. 16. 10. 31 über d. pflichtgemäße Anbot von fremden Zahlungsmitteln oder Forderungen u. fremder Zahlung u. über d. Verzinsung v. Wertpapieren. Stud 74 v. 16. 10. 31. — Auslandm. d. Min. d. Innern v. 3. 10. 31, womit ein Verbot in der Anlage zur Reg.-Verordn. v. 10. 7. 31, § 2, d. 68. u. R. Nr. 122, betreffend die besonderen Bestimmungen f. d. Anstellung als Beamtenwörter oder Beamter u. f. d. Beförderung eines Beamten i. d. einzelnen Beamtenkategorien u. Dienstbereichen, richtungstüchtig wird. Stud 75 v. 20. 10. 31. — Auslandm. d. Fin.-Ministers v. 20. 10. 31, womit eine Verfügung d. tschechoslow. Nationalbank über d. pflichtgemäße Anbot von fremden Zahlungsmitteln oder Forderungen in fremder Währung u. über d. Verzinsung d. nach d. 2. 10. 31 erworbenen ausländischen Wertpapiere verlaubar wird. Stud 76 v. 20. 10. 31. — Auslandm. d. Fin.-Ministers (4) v. 7. 11. 31, womit einerseits d. Recht zum pflichtgemäßen Anbot v. fremden Zahlungsmitteln oder Forderungen in fremder Währung verlängert u. andererseits eine Verfügung d. tschechoslow. Nationalbank über d. Form d. Erfüllung d. Anbotspflicht bei gewissen Gattungen v. fremden Zahlungsmitteln oder Forderungen in fremder Währung verlaubar wird. Stud 81 v. 7. 11. 31. — Auslandm. d. Fin.-Min. (5) v. 7. 11. 31, womit eine Verfügung d. tschechoslow. Nationalbank zur Reg.-Verordnung v. 2. 10. 31, § 2, d. 68. u. R. Nr. 122, zur Durchführung einzelner Bestimmungen d. Gef. v. 14. 12. 1923, § 2, d. 68. u. R. Nr. 7 v. 3. 1924, über d. Schutz d. tschechoslow. Währung u. d. Umlaufes d. gesetzlichen Zahlungsmittel verlaubar wird. Stud 80 v. 7. 11. 31. — Reg.-Verordnung (VI) v. 2. 12. 31 zur Durchführung d. Bestimmungen d. § 2, § 2 p. Gef. v. 14. 12. 1923, § 2, d. 68. u. R. Nr. 7 v. 3. 1924, über d. Schutz d. tschechoslow. Währung u. d. Umlaufes d. gesetzlichen Zahlungsmittel, ferner § 2, d. Verfügung d. Ständigen Ausschusses v. 7. 11. 1929, § 2, d. 68. u. R. Nr. 166, betreffend d. entgeltliche Regelung d. tschechoslow. Währung. Stud 86 v. 2. 12. 31. — Übereinkommen zwischen der tschechoslow. Republik u. d. Republik Österreich, betreffend d. Anstellung (Hinterblichenen) d. Verwalter d. früher für d. Staat Ansbauverordnungen oder f. eine Zweiglein dieselben gebührenden Vermögens. Stud 88 v. 10. 12. 31. — Übereinkommen zur Geltendmachung ausländischer Schadensprüche. Stud 90 v. 14. 12. 31. — Reg.-Verordnung v. 11. 12. 31, womit die am 12. 11. 31 getroffene Ausgabegeldm. aus d. tschechoslow.-öster. Wirtschaftsabkommen v. 20. 6. 1920 provisorisch in Kraft gesetzt wird. Stud 90 v. 14. 12. 31. — Reg.-Verordnung v. 11. 12. 31 über d. Abgaben f. Amtsanstellungen in Verwaltungssachen. Stud 93 v. 19. 12. 31. — Auslandm. d. Fin.-Min. (7) v. 17. 12. 31, womit eine Verfügung d. tschechoslow. Nationalbank über die Bezahlung aus Österreich eingehenden Waren u. d. Überweisung v. Zahlungen nach Österreich verlaubar wird. Stud 95 v. 17. 12. 31.

Dr. J. Eit.



Sudetendeutsches Kreditinstitut. Im Herbst vergangenen Jahres (Stoosverfolge) hat das Institut seine Genossenschaftler von der Möglichkeit der Teilnahme an der Sterbegeld-Versicherung des Öster. Genossenschaftsverbandes verständigt. Die Anmeldefrist für die begünstigte Versicherung lief bis Ende 1931. Trotz dieser kurzen zur Verfügung stehenden Zeit haben sich zahlreiche Mitglieder mit vorbildlichen hohen Versicherungsleistungen von auf. und 40.000 Schilling angeschlossen, ein Beweis dafür, daß die Vorteile der Gemeinnützigenversicherung Anklang gefunden haben. Innerhalb des Sudetendeutschen Kreditinstitutes ergab sich ein Durchchnittsalter der Teilnehmer von 57 Jahren, während das Durchschnittsalter aller Teilnehmer des Verbandes 52 Jahre beträgt. Diefem entspricht eine Jahresprämie von Z. 2940 für Z. 1.000.— Versicherungsbeitrag. Das Ergebnis ist versicherungstechnisch für die Mitglieder des Instituts ebenfalls als recht günstig zu bezeichnen. Den Versicherten wurden als Teilnehmerrückzahlung Werte über Legitimationen übermittelt, auf denen alles Stillschweigen abgedruckt ist. Es können auch weiterhin Beitritte unserer Genossenschaftler zur Sterbegeld-Versicherung erfolgen, sofern der Antragsteller das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Neben der Anmeldung ist eine Gesundheitserklärung abzugeben. Die Prämie richtet sich nach dem Eintrittsalter, also individuell nach der Tabelle und ist am 1. Juli jedes Jahres fällig. Am 1. Juli 1936 wird neuerlich ein Durchschnittsalter aller Teilnehmer ermittelt und die diesem entsprechende Prämie gilt dann für die am Stichtage Versicherten wieder durch 5 Jahre. Anmeldeformulare und Gesundheitsfragebogen können an der Kassa des Institutes bekommen oder deren Zusendung schriftlich verlangt werden.

Werte des Trossauer Tonbildners Prof. Franz Gummerich. In dem bekannten Wiener Verlage Hofe, jetzt Ludwig Kien, Wien 1, Schubertgasse 16, sind von den zahlreichen Werken des in Wien lebenden Tonbildners Prof. Franz Gummerich, Mitglieder unserer G. G. „Trossau und Umgebung“, drei dramatische Lieber erschienen, und zwar „Gezeiten“ (Oesterl., Cp. 17, „Zabin“ (O. Frener, Cp. 19 und „Am Morgen“ (Josef Reich), Cp. 24, die dem derzeitigen Rektor der Hochschule in Wien, dem Symphoniker und Kammersänger Prof. Franz Schmidt, seinem ehemaligen Lehrer, gewidmet sind. Der schlesische Tonkünstler schrieb neben einer Reihe von wirkungsvollen Vokalen Märchenräubere, ein Streichquartett, zwei symphonische Dichtungen, ein stimmungsvolles, in weiten Kreisen bekanntes „Weihnachtslied“ mit Geigenpfeife und Orgel (Alteisen) u. a. m. Noch harri ein großer Teil der geschaffenen, Zeugnis einer sich habendbreitenden Begabung beherrschenden Werte, der Veröffentlichung. Es ist der Heimat zu Ehren jedes Landmannes Pflicht, die Werke dieses schlesischen Künstlers durch Aufführungen und dergleichen der Öffentlichkeit zu bieten. Auch als Schriftsteller, Erzieher und Überbringer hat dieser Trossauer der Heimat stets Ehre gebracht.

Weidenberger Landmann, tausendmalig gebietet, mit langjähigen Zeugnissen, sucht dringendst bescheidenen Posten; übernimmt auch Schreibarbeiten außer Haus.

In jedem Gast- u. Kaffeehaus, wo Sudetendeutsche verkehren, muß auch die Heimatzeitung „Sudetendeutschland“ aufliegen! Seht nach!

Sudetendeutschlands Märzgefallenen!

Gedenkblätter für die Opfer des Kampfes um deutsche Freiheit und Einheit.

Beiträge von R. D. Strobl, Robert Hohlbaum, Rudolf Haas u. a. Das schön ausgestattete Büchlein gehört in jede sudetendeutsche Familie. Preis S 1.50 ohne Versandgebühr.

Bestellungen a. d. Schriftvertrieb des S.D.B., Wien, 8. Bez., Florianig. 39/1.

Neue Veranstaltung ohne Vorführung

„Hoch Sudetendeutschland“

March von Hans Schmid, Text von Dr. Franz Kretsch.

Manuskriptsache S 2—
Einband „ 2.50
Streichend „ 3—

Zu beziehen durch den Schriftvertrieb des S. D. B.

Landsleute!

Verwendet nur die : : !
Sudetendeutschen Freiheitskämpfer!

Concordia

Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft in Wien.
Feuer-, Erdbebensicherheits-, Glas-, Transport-,
Lebens-, Renten-, Unfall- und Unfall-

Versicherungen

Stiftungskapital 5.000.000 fl. Kronen.

Deutsche Gesellschaft in der Versicherungs-
Kassensystem.

Repräsentant für Österreich, Wien, 1. Bez.,
Wolgastgasse 13, erteilt alle gewünschten Aus-
künfte bereitwillig und unentgeltlich.

Die Gesellschaft gewährt besondere Begünstigungen für
Mitglieder des Sudetendeutschen Heimatbundes

Die tschechischen Regionen in Sibirien

Vom russischen Generalleutnant Konstantin M. Kosharew
Preis S 5.40 durch den Schriftvertrieb des S.D.B.

Bei Bedarf an **Schuhen** wende man sich

vertrauensvoll an die seit dem Jahre 1870 bestehende Firma

Mois Chrift

Wien, 3. Bez., Landsträger Hauptstraße 98

Telefon 1134-62

Schuh in bester Qualität. — Speziallager in Schuhen für
empfindliche Füße, auch für Ballenfüße. Verkauf von Dr. Lehmanns
Gefundheitsstiefeln.

Großes Lager in gut passenden Schuhen.

Nur prima Qualität. Prima Gellert und Sportschuhe.

Provingerband gegen Nachnahme.
Landsleute werden besonders gut bedient.

Für den Heimatbund!



Für jeden deutschen Stammtisch!
In jedes Gast- oder Kaffeehaus, wo Sudetendeutsche verkehren
gehört der prächtige, aus Metall hergestellte Sammler des Sudeten-
deutschen Heimatbundes, 28 cm hoch, Preis 35 Schilling, zahlbar binnen
einem Jahre. Bestellungen an die Warenstelle des Sudetendeutschen
Heimatbundes, Wien, 8. Bezirk, Florianigasse 39/1.

„Dresdner Anzeiger“

Gegründet 1790.

Große nationale Tageszeitung mit eigener Bilderbeilage

Verkaufsstellen befinden sich in der Zeitung.

Diese ist in A. 1, Breite Straße Nr. 9

Das führende Organ der internationalen Kriegsschuldforschung
ist die Zeitschrift

Berliner Monatshefte

für Internationale Klärung.

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsschul-
den, Berlin NW 6. Leitung: Dr. h. c. Alfred von Wegerer.

Vierteiljährlich 4 M. (Inland), 4.50 M. (Ausland).

Einzelheft 1.50 M.

Kauf von Pelzwerk ist Vertrauenssache!

Ich empfehle meinen lieben Landsleuten bei Bedarf an Be-
schaffen, Wadertollern, Füchse, Pelzmänteln, Herren-
pelzjutter u. Krägen mein reichhaltiges Lager aller Pelz-
artikel zu besichtigen. Kein Kaufzwang! Reparaturen und
Änderungen werden bestens ausgeführt, dafür bürgt
mein seit 76 Jahren bestehendes Kürschnergeschäft.

Josef Kraus, Kürschnermeister

Wien, 4., Margaretenstr. 26, Ecke Schiffanberg.

Telefon A-30-6-16